Presseschau vom 23.02.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter https://alternativepresseschau.wordpress.com/ *erreichbar.*

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zur Ukraine-Krise: Russland zieht Diplomaten aus Kiew ab / USA & EU verhängen Sanktionen
Die militärische Situation in der Ostukraine ist extrem angespannt. Angesichts der katastrophalen Lage in der Region hat der russische Präsident Wladimir Putin das Dekret zur Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk unterzeichnet. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. …
https://kurz.rt.com/2tg9

de.rt.com: **Im Namen der "Partnerschaft" – Trans-Sahara-Gaspipeline soll zur EU-Energiesicherheit beitragen**
Die Frage nach einer Diversifizierung der Energieversorgung spielt auch im Zuge der jüngsten Ukraine-Entwicklungen für die EU eine wichtige Rolle. Der europäische Nachbarkontinent bietet da bislang noch unerschlossene Möglichkeiten. Nun soll die Trans-Sahara-Gaspipeline an den Start gehen. …
https://kurz.rt.com/2tzj

rusvesna.su: **Kein Krieg! Finger weg vom Donbass! - Erklärung aus Weißrussland**
Die Redaktion von "Russkajs Wesna" erhielt einen Aufruf der patriotischen Kräfte von Belarus. …

https://rusvesna.su/news/1645551734 [automatische Übersetzung]

Rüdiger Rauls: **Die Aggression der Ukraine gegen den Donbass setzt den Westen mehr unter Druck als Moskau**
Der Westen wollte die Ukraine als Hebel gegen Moskau einsetzen – so war der Plan. Dass die Ukraine selbst den Angriff auf den Donbass startet und damit Russland provoziert, hatten die Herren im Westen nicht auf dem Schirm. Jetzt sitzen sie planlos zwischen den Stühlen, während Russland Fakten schafft. …
https://kurz.rt.com/2u0j

Wolfgang Bittner: **Wollt Ihr den totalen Krieg?!**
Der Ukraine-Konflikt beschäftigt auch den SNA-Gastautor, der entsetzt und empört ist über eine aus seiner Sicht einseitige und verlogene Berichterstattung westlicher Medien, die einseitige und verlogene Argumente transportieren. Eine Gegenrede. …
https://snanews.de/20220223/wollt-ihr-den-totalen-krieg-5487956.html

Andrej Iwanowski: **„Völkerrechtswidrig, aber …“: Wagenknecht nimmt Stellung zu Moskaus Donbass-Entscheidung**
Als „völkerrechtswidrig“ und „einen Bruch des Minsker Abkommens“ hat die Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht die Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk durch den Kreml bezeichnet. Damit schließt sie sich den führenden Vertretern der Linken-Bundestagsfraktion an. Kritisch sieht sie aber ebenso die gegen Russland verhängten Sanktionen. …
https://snanews.de/20220223/voelkerrechtswidrig-aber--wagenknecht-nimmt-stellung-zu-moskaus-donbass-entscheidung-5495614.html

Dagmar Henn: **Donbass – Das war auch nach deutschem Recht ein Genozid**
Bundeskanzler Olaf Scholz hält es für einen Scherz. Aber der Ablauf der Ereignisse im Jahr 2014 erfüllt die Kriterien, die das deutsche Strafrecht für das Verbrechen des Genozids aufstellt. Scholz wäre besser beraten, das ernst zu nehmen. …
https://kurz.rt.com/2u10

abends/nachts:

snanews.de: **Großbritannien will Militärübungen in Ostsee durchführen**
Die Joint Expeditionary Force* wird laut dem britischen Verteidigungsminister Ben Wallace vor dem Hintergrund der wachsenden Spannungen zwischen dem Westen und Russland Militärübungen in der Ostsee durchführen.
„Gemeinsam mit den Alliierten werden präventive Militärübungen durchgeführt, die die Bewegungsfreiheit in der Ostsee demonstrieren sollen“, sagte Wallace auf einer Pressekonferenz in der englischen Grafschaft Leicestershire nach einem Treffen mit den Verteidigungsministern von neun europäischen Staaten, die der Joint Expeditionary Force angehören.
Zuvor am Dienstag hatte Großbritannien angesichts der Anerkennung der Unabhängigkeit der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk Sanktionen gegen fünf russische Banken und drei vermögende Geschäftsleute aus Russland verhängt.
Das britische Außenministerium hat am Dienstag den russischen Botschafter in London, Andrej Kelin, einbestellt.
* *Eine im Jahr 2014 unter britischer Führung gebildete multinationale Expeditions- und schnelle Eingreiftruppe. Die daran beteiligten Länder (neben Großbritannien sind dies auch*

Dänemark, Island, Lettland, Litauen, die Niederlande, Norwegen, Finnland, Schweden und Estland) führen regelmäßig gemeinsame Militärübungen durch.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/08/09/3138891_0:129:3073:1857_1920x0_80_0_0_0ff81cbec9ed179166097a7a2863638b.jpg

snanews.de: **Minister: Zahl der Donbass-Flüchtlinge mittlerweile auf 100.000 gestiegen**
Die Zahl der aus dem Donbass nach Russland geflüchteten Zivilisten ist nach Worten des russischen Vizeverteidigungsministers Nikolai Pankow mittlerweile auf rund 100.000 gestiegen.
Unter ihnen seien knapp 30.000 Kinder, sagte Pankow am Dienstag in einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates Russlands in Moskau.
Ukraine setzt Beschuss im Donbass fort
Die Lage im Donbass im Osten der Ukraine habe sich in den letzten Tagen äußerst zugespitzt. Die Volksrepubliken Donezk und Lugansk beklagen massiven Beschuss seitens der ukrainischen Armee. Pankow zufolge feuert die Ukraine im Tagesdurchschnitt bis zu 2000 Geschosse und Granaten auf Städte und Siedlungen im Donbass ab. Die Zahl unschuldiger Opfer nehme zu.
Zuvor hatten die Führungen der beiden von Russland mittlerweile anerkannten Republiken mitgeteilt, dass Zivilisten, allen voran Kinder, Frauen und ältere Leute, zeitweilig nach Russland in Sicherheit gebracht werden. Der Donezker Republikchef Denis Puschilin schließt nicht aus, dass der ukrainische Präsident und Befehlshaber Wladimir Selenski demnächst einen Einmarsch seiner Truppen in den Donbass anordnen werde. …

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/02/15/5456270_0:478:2730:1570_1920x0_80_0_0_e8216513a5d7e77ca11a1a49ca608b27.jpg

rusvesna.su: **Der serbische Präsident hat Kiew auf seinen Platz verwiesen**
Der ukrainische Botschafter in Serbien, Alexsandr Alexandrowitsch, forderte Belgrad auf, „Russlands Aggression in der Ukraine“ zu verurteilen. Als Reaktion darauf forderte der

serbische Präsident Alexandar Vucic Kiew auf, die NATO- und westliche Aggression von 1999 gegen Serbien zu verurteilen.
„Er (der Botschafter der Ukraine – Red.) fordert von uns, dass wir die russische Aggression und so weiter klar verurteilen. Wir sind ein kleines Land und möchten uns nicht die Möglichkeit nehmen, mit jemandem freundschaftliche Beziehungen fortzusetzen. Wir entscheiden nicht über das Schicksal der Ukraine. Aber wenn schon, fordere ich ihn dringend auf, seinen Präsidenten Selenskij anzurufen und ihn zu bitten, die schreckliche und tragische Aggression zu verurteilen, die die USA, Großbritannien und andere NATO-Staaten gegen Serbien verübt haben. Ich bin sicher, dass Selenskij genau das tun wird“, sagte Vucic am 22. Februar.

https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/1_zelenskiy_2.jpg

rusvesna.su: **Trauerläuten für die Offshore-Aristokratie: Zur Bedeutung der Anerkennung der LDVR für Russland**
Sergej Mironow, Vorsitzender der Partei „Gerechtes Russland – Für die Wahrheit“, Vorsitzender der Duma-Fraktion, sagte, dass die Anerkennung der DVR und der LVR die vollständige Wiederherstellung der staatlichen Souveränität der Russischen Föderation sowohl im Inland als auch im Ausland bedeute. Der Parlamentarier ist überzeugt, dass die unvermeidlichen außenpolitischen Folgen des gestrigen Erlasses von Wladimir Putin radikale Veränderungen im Innenleben des Landes diktieren.
Dies wurde im Pressedienst des Politikers mitgeteilt.
„Von diesem Tag an leben wir in einer neuen Realität, die voller neuer Herausforderungen und neuer Möglichkeiten ist. In dieser neuen Realität ist kein Platz mehr für liberalen Unsinn über eine offene Wirtschaft, was bedeutet, dass sie vollständig vom Westen abhängig ist.
Dieses Sackgassenmodell ist mit unseren nationalen Interessen und modernen Realitäten nicht vereinbar“, erklärte der Politiker.
Nach Ansicht des Führers der Sozialisten bedeutet die Anerkennung der Donbass-Republiken den endgültigen Abschied von den Illusionen, für die Russland einen sehr hohen Preis bezahlt hat.
„Uns wurde versichert, dass es möglich und notwendig sei, eine Einigung mit dem Westen zu erzielen, dass Russland dort als gleichberechtigter Partner angesehen werde, aber dafür sei es notwendig, nach ihrer Pfeife zu tanzen und sowohl ausländischen ‚Partnern‘ als auch ihren Komplizen vom ‚Offshore-Adel‘ zu erlauben, das Land ausrauben.

Das dramatische Ergebnis dieser Politik liegt auf der Hand. Die verarmte Bevölkerung und die Nato-Truppen an der Grenze sind nur auf den ersten Blick weit voneinander entfernt. Heute wird ein neues Russland geboren, das nur vom Willen des Volkes und seinen Bestrebungen abhängig sein sollte. Und dann werden uns alle Prüfungen stärker machen“, betonte Mironow.

https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/origin_wm/public/ldnr_0.jpg

vormittags:

rusvesna.su: **Der russische Botschafter in den Vereinigten Staaten sprach über die Bedrohung der Welt durch neue antirussische Sanktionen**

Westliche Sanktionen werden die Weltmärkte treffen und das Wohlergehen der Amerikaner beeinträchtigen, aber sie werden Moskau nicht zwingen, seine Außenpolitik zu ändern, sagte der russische Botschafter in den Vereinigten Staaten, Anatoli Antonow

Die Vereinigten Staaten kündigten am Vorabend die ersten Sanktionen gegen Russland wegen der Situation um die Ukraine an – zwei Banken mit ihren zahlreichen Tochtergesellschaften, Staatsanleihen und fünf „Vertreter der Eliten“ des Landes.

Außerdem wurden den Amerikanern Handels-, Investitions- und Finanztransaktionen mit den Volksrepubliken Donezk und Lugansk verboten, deren Unabhängigkeit von Russland anerkannt wurde.

„Es besteht kein Zweifel, dass die gegen uns verhängten Sanktionen den globalen Finanz- und Energiemärkten schaden werden. Die Vereinigten Staaten werden nicht ausgespart, wobei die normalen Bürger die vollen Folgen steigender Preise spüren werden “, warnte er.

Antonow betonte, dass Sanktionen gegen Russland „nichts lösen werden“.

„Es ist schwer vorstellbar, dass irgendjemand in Washington darauf setzt, dass Russland seine Außenpolitik unter Androhung von Restriktionen revidiert. Ich kann mich an keinen einzigen Tag erinnern, an dem unser Land ohne Einschränkungen durch die westliche Welt gelebt hat. Wir haben gelernt, unter solchen Bedingungen zu arbeiten und nicht nur zu überleben, sondern auch unseren Staat zu entwickeln“, schloss Antonow.

https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/sankcii_ssha_es_rossiya.jpg

mil-lnr.su: **Außerplanmäßige Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko am 23. Februar 2022**
Die Ukraine setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung des Donbass fort und verübt Schläge auf das Territorium unserer Republik.
Gestern haben Straftruppen der 24. mechanisierten Brigade auf persönlichen Befehl des Kriegsverbrechers Postupalskij einen Terrorakt begangen und zielgerichtet mit einem Antipanzerraketenkomplex ein **ziviles Fahrzeug in Beresowskoje beschossen. Dabei starben zwei Zivilisten**.
Die Materialien zu dem Terrorakt werden an die Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der LVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen den Kommandeur der 24. Brigade Postupalskij hinzuzufügen.
Wir warnen die ukrainischen Strafsoldaten! Alle Versuche, die Lage zu destabilisieren und unsere Bürger einzuschüchtern sowie eine Gefahr für ihr Leben und ihre Gesundheit zu schaffen, werden scharf unterbunden werden.
Wir fordern von den internationalen Beobachtern der OSZE-Mission, das Ergebnis der verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Kämpfer zu registrieren und von der Ukraine eine Einstellung des Terrors gegen die Bevölkerung der Republik zu fordern.

rusvesna.su: **Japan reagierte auf die Anerkennung der DVR und LVR**
Der japanische Ministerpräsident Fumio Kishida hat am Mittwoch die Verhängung von Sanktionen im Zusammenhang mit der Anerkennung der Republiken Donezk und Lugansk durch Russland angekündigt.
„Unser Land hat beschlossen, die folgenden Sanktionen zu verhängen: Einstellung der Visaerteilung an Vertreter der beiden Republiken und Einfrieren des Kapitals, Verbot von Export-Import-Beziehungen mit diesen beiden Republiken, Handel mit neuen Staatsanleihen der russischen Regierung in unserem Land.
Als nächstes werden wir über die Einzelheiten dieser Maßnahmen entscheiden und unverzüglich die erforderlichen Verfahren einleiten“, sagte Premierminister Kishida.
Ministerpräsident Kishida betonte, dass die Maßnahmen als Ausdruck der Reaktion Japans auf der Grundlage einer Bewertung der Anerkennung der Republiken Donezk und Lugansk als „eine Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine und des Völkerrechts und daher kategorisch inakzeptabel“ eingeführt würden.
„Das ist inakzeptabel und wir verurteilen es kategorisch“, sagte Ministerpräsident Kishida.

https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/yaponiya_5.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 22. Februar 2022 wurden 114 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.
(Es folgende genaue Angaben über eingesetzte Waffen, Uhrzeiten, Ort des Beschusses; Anm. d. Übers.)
- Durch Beschuss auf Wesjolaja Gora wurden 7 Wohnhäuser beschädigt.
- Durch Beschuss auf **Shelobok starb ein Soldat der Volksmiliz der LVR**.
- Durch Beschuss auf Solotoje-5 wurde ein Haus zerstört.
- Durch Beschuss auf **Beresowskoje starben zwei örtlicheEinwohner**.

snanews.de: **Terroranschlag vor Werk in Lugansk – 114 ukrainische Verstöße gegen Waffenruhe gemeldet**
In Lugansk ist es am Mittwochmorgen zu einer Explosion gekommen. Den Vorfall hat die Vertretung der Volksrepublik Lugansk bei dem Gemeinsamen Kontroll- und Koordinierungszentrum für Waffenstillstand und Stabilisierung der Trennungslinie (JCCC) gemeldet, die die Explosion als Terroranschlag eingestuft hat.
Der Anschlag ereignete sich demnach ist um 04:15 Uhr Ortszeit (02:15 Uhr MEZ) in der Nähe des Obus-Betriebswerkes. Mitarbeiter der operativen Dienste und der Strafverfolgungsbehörden seien am Ort der Explosion eingetroffen und untersuchen den Tatort, hieß es in einer Mitteilung des Telegramm-Kanals des Zentrums.
Nach Angaben der Lugansker Vertretung beim JCCC waren selbstgebastelte Sprengsätze an vier Oberleitungsmasten installiert worden.
Der Tatort sei nur 70 Meter von einem Pyrotechnik-Lager entfernt, teilte der Sprecher der LVR-Mission beim JCCC, Aleksej Getmanski, gegenüber Reportern mit. Wäre es zu einer Detonation der dortigen Bestände gekommen, hätte die dadurch entstandene Explosion zahlreiche Opfer fordern können.
Am Montagabend waren bei einem Autobombenanschlag am Parkplatz vor dem Gebäude der Vertretung der Volksrepublik Lugansk bei dem Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes zwei Menschen verletzt worden.
Laut einem Sprecher der Lugansker Volksmiliz befand sich der Sprengsatz in einem Fahrzeug, das neben dem Auto des Leiters der Vertretung der Volksrepublik Lugansk beim

JCCC stand. Bei den Verletzten handle es sich um den Chef der LVR-Vertretung sowie seinen Fahrer, hieß es. Das russische Ermittlungskomitee leitete am Dienstag ein Strafverfahren zu dem Zwischenfall ein.
Die Vertretung der Volksrepublik Lugansk (LVR) bei dem Gemeinsamen Kontroll- und Koordinierungszentrum für Waffenstillstand und Stabilisierung der Trennungslinie meldete 114 Verstöße gegen den Waffenstillstand, die am Dienstag von den ukrainischen Truppen auf dem Territorium der LVR unternommen worden seien. Beim mehrfachen Beschuss seien auch schwere Waffen eingesetzt worden. …

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/02/17/5491394_0:7:3063:1729_1920x0_80_0_0_8dea674279f9b4f1a728f2917bf69819.jpg

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 22. Februar 3:00 Uhr bis 23. Februar 3:00 Uhr**
In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK 66 Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.
Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:
Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).
Ukrainische Diversanten zündeten auf der Straße Donezk-Gorlowka eine Sprengeinrichtung. Infolge des Terroraktes starben drei Zivilisten.
Zum ersten Mal seit Mai 2018 hat der Gegner einen **Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“** eingesetzt und 5 Raketen abgefeuert.
Bei der Durchführung von Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten am Wasserleitungsknoten „Sewernyj“ wurde ein Artilleriegeschoss gefunden. Die Wasserzufuhr wurde gestoppt, dadurch in den Stunden, in denen ein erhöhter Trinkwasserbedarf bei der Bevölkerung besteht, die Wasserzufuhr für die Verbraucher im Kujbyschewsij, Kirowskij, Kiewskij, Petrowskij- und Leninskoj-Bezirk der Hauptstadt um 80% reduziert.
Der Beschuss der BFU erfolgte in Richtung folgender Ortschaften: **Golmowskij, Sajzewo (jushnoje), Dolomitnoje, Shelesnaja Balka, Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Oserjanowka, Werchnetorezikoje (jushnoje), Wassiljewka, Pantelejmonowka, Donezk (Kiewskij-Bezirk, Volvo-Zentrum, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Alexandrowka, Staromichajlowka, Dokutschajewsk, Styla, Petrowskoje, Nabereshnoje, Nowaja Marjewka, Belaja Kamenka, Grigorowka, Nowolaspa, Sosnowskoje, Oktjbarj, Dsershinskoje, Leninskoje, Kominternowo, Besymennoje, Tawritschewskoje, Sachanka.**
Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 869.
In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 55 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

rusvesna.su: **Der ukrainische Außenminister sprach über die Pläne A und B**

Die ukrainischen Behörden haben zwei Pläne, die "die russische Invasion stoppen" könnten. Dies erklärte der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba bei einem Briefing nach einem Treffen mit US-Außenminister Anthony Blinken.
Er erklärte, dass die Ukraine vor allem diplomatische Methoden anwenden wolle.
„Wir haben zwei Pläne. Plan A: Mit allen diplomatischen Mitteln die Eskalation stoppen. Plan B: Kämpfe um jeden Zentimeter unseres Landes, in jeder Stadt, in jedem Dorf. Kämpfe, bis wir gewinnen“, sagte Kuleba.
Der Minister sagte auch, dass die Behörden keine Evakuierung großer Städte planen: „In Bezug auf unsere Pläne, Mariupol oder Charkow zu evakuieren: Nein, solche Pläne haben wir nicht."

de.rt.com: **Nach Moskaus Anerkennung der Volksrepubliken: Selenskij kündigt Teilmobilmachung von Reservisten an**
Vor dem Hintergrund der Krise mit Russland hat der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij eine teilweise Mobilmachung von Reservisten angekündigt. Parallel dazu soll ein Programm zur Erhöhung der Unabhängigkeit der Wirtschaft gestartet sowie die Steuern gesenkt werden.
Nach Moskaus Anerkennung der Volksrepubliken: Selenskij kündigt Teilmobilmachung von Reservisten an
Kiew sei offen für bilaterale und multilaterale Gespräche zur Lösung der aktuellen Krise. Das erklärte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij und kündigte eine Reihe von Maßnahmen an, um auf die Anerkennung der beiden Volksrepubliken im Donbass durch Russland zu reagieren. Er hob hervor, dass er vorerst auf eine allgemeine Mobilisierung verzichten werde. Der Staatschef betonte am Dienstagabend in einer Fernsehansprache:
"Für uns gibt es keine Alternative zur Beendigung des Krieges.
Ich bin bereit, dies entweder in einem bilateralen Format oder unter Beteiligung anderer Staats- und Regierungschefs zu tun."
An einer bereits laufenden Initiative würden die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats – darunter Russland – sowie die Türkei und Deutschland teilnehmen, so der ukrainische Präsident. Er fügte hinzu:
"Heute gibt es keine Notwendigkeit für eine allgemeine Mobilisierung."
Stattdessen ordnete er die zeitlich begrenzte Einberufung der operativen Reserve an, um die Bereitschaft der ukrainischen Armee zu erhöhen. In naher Zukunft würden Übungen der "territorialen Verteidigungskräfte" stattfinden.
Um das Militär zu unterstützen, brauche die Ukraine eine starke Wirtschaft, argumentierte Selenskij und kündigte ein "Programm des wirtschaftlichen Patriotismus" an. Durch Steuersenkungen und den Abbau von Kontrollen sollen das verarbeitende Gewerbe und andere Industriezweige ermutigt werden, im ukrainischen Hoheitsgebiet zu bleiben. Um den Benzinpreis an der Zapfsäule zu senken, werde Kiew die Kraftstoffsteuer senken. Er hob hervor:
"Unser Ziel ist es, wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erlangen, insbesondere im Energiebereich."
Um die wirtschaftliche Unabhängigkeit voranzutreiben, werde er sich am Mittwoch mit Vertretern der 50 größten ukrainischen Unternehmen treffen, die auf dem vom ukrainischen Militär geschützten Territorium bleiben müssten.
Selenskij forderte alle politischen Parteien auf, ihre Ambitionen "zum Wohle der Ukraine" aufzugeben und sich einer Art Einheitsregierung anzuschließen. In Anspielung auf die Farben der ukrainischen Flagge sagte er:
"Heute haben alle Politiker und Parteien die gleiche Farbe – blau und gelb."
Der ukrainische Präsident dankte ausländischen Mächten für die Unterstützung Kiews, allen voran dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan, gefolgt von US-Präsident Joe Biden, dem britischen Premierminister Boris Johnson, dem deutschen Bundeskanzler Olaf

Scholz und dem kanadischen Premierminister Justin Trudeau.
Selenskijs Rede erfolgte, nachdem Russland am Montag die abtrünnigen ukrainischen Regionen Donezk und Lugansk als unabhängige Staaten anerkannt hatte, weil Kiew sich fast acht Jahre lang weigerte, seinen Verpflichtungen im Rahmen des Minsker Friedensprozesses nachzukommen. Putin gab zwar nicht bekannt, ob bereits russische Truppen in die Republiken entsandt wurden, der Kreml erklärte jedoch, dass sie innerhalb ihrer Grenzen als ukrainische Regionen anerkannt wurden. Ein erheblicher Teil der Regionen Donezk und Lugansk steht derzeit noch unter der Kontrolle der ukrainischen Armee.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6215cfb6b480cc14095e01e9.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 23. Februar um 9:00 Uhr 28.548 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
3609 Personen sind derzeit erkrankt, 21.659 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 3280 Todesfälle.

rusvesna.su: **Die Ukraine lehnte Putins Bedingungen ab**
Der Premierminister der Ukraine, Denis Schmygal, sagte, dass die Behörden des Landes die vom russischen Präsidenten Wladimir Putin genannten Bedingungen nicht erfüllen würden.
„Die Erfüllung der Bedingungen, die der russische Präsident der Ukraine mitgeteilt hat, widerspricht der Wahl der ukrainischen Gesellschaft. Für eine unabhängige, souveräne Ukraine und für mich als Premierminister unseres Landes ist das unmöglich“, schrieb Schmygal auf seinem Telegram-Kanal.
Erinnern Sie sich daran, dass der russische Staatschef gestern mehrere Punkte aufgelistet hat, deren Umsetzung es Kiew ermöglichen würde, die Beziehungen zu Moskau zu normalisieren.
Zunächst geht es um die Anerkennung der Ergebnisse des Referendums von 2014 auf der Krim.
„Das erste, was zu tun ist, ist, den Willen der Menschen anzuerkennen, die in Sewastopol und auf der Krim leben. Inwiefern ist diese Willenserklärung schlimmer als das, was im Kosovo passiert ist? Gar nicht. Die Entscheidung wurde dort vom Parlament getroffen, und hier von einem landesweiten Referendum“, betonte Putin.
Auch Kiew selbst müsse seinen Nato-Beitrittskurs aufgeben, was es den "Kollegen in den westlichen Ländern erlauben würde, nicht das Gesicht zu verlieren", sagte der russische Präsident. Der dritte logische Schritt auf diesem Weg wäre eine gewisse Entmilitarisierung der Ukraine.

https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/1_putin_0.jpg

snanews.de: **Lugansker Republik meldet zwei Tote durch ukrainischen Beschuss**
In der selbsterklärten Volksrepublik Lugansk sind am Dienstagabend nach Angaben dortiger Sicherheitsbehörden zwei Zivilisten durch Beschuss seitens der ukrainischen Armee getötet worden. Die lokale Volksmiliz stufte den Angriff als einen Terroranschlag ein und forderte Stellungnahme der OSZE-Beobachter.
„Die ukrainischen Streitkräfte haben um 23.35 Uhr den Waffenstillstand verletzt und in Richtung Solotoje – Beresowskoje eine Panzerabwehrrakete abgefeuert“, erklärte die Vertretung der Lugansker Volksrepublik beim Gemeinsamen Waffenstillstand-Kontrollzentrum. Die Rakete habe einen Pkw getroffen und zwei Zivilisten getötet.
Die lokalen Behörden stuften die Attacke als einen Terroranschlag ein: „Die Ukraine setzt die Zivilbevölkerung im Donbass weiterem Terror aus“, erklärte die Volksmiliz der Lugansker Volksrepublik. Heute hätten die ukrainischen Kräfte einen „Terroranschlag begangen“. Durch den gezielten Beschuss eines zivilen Autos im Dorf Beresowskoje seien zwei Zivilisten getötet worden.
„Wir fordern die OSZE-Beobachter auf, das Verbrechen der ukrainischen Kämpfer zu registrieren und die Ukraine zu einem Ende des Terrors gegen die zivile Bevölkerung zu bewegen“, so die Lugansker Volksmiliz. Sie versprach, den internationalen Organisationen alle Details zum „Terrorakt“ zu übergeben. …

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/02/17/5491729_0:146:3125:1903_1920x0_80_0_0_57c62b43ce63f195c4e27c88452994c5.jpg

Mzdnr.ru: Am 22. Februar wurden in der DVR 4466 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 1841 positiv, bei 2 Patienten wurde die Diagnose Covid-19

klinisch gestellt.
In den letzten 24 Stunden wurden 163 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 18 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 101 ins Krankenhaus eingewiesen.
Insgesamt sind 1259 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 591 mit Sauerstoffunterstützung (+34 in den letzten 24 Stunden).
Am 23. Februar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 154.350 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.
28.168 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 116.508 als gesund entlassen, es gibt 9674 Todesfälle.

de.rt.com: **Chinesische Experten: Nach jahrelangen Vorbereitungen kann Russland Sanktionen standhalten**
Chinas Experten stuften die Fähigkeit Russlands, möglichen Sanktionen des Westens standzuhalten, als sehr hoch ein. Das Land habe in den letzten Jahren vorbereitende Maßnahmen für genau einen solchen Fall ergriffen.
Chinesische Experten haben erklärt, dass Russland starke Kapazitäten habe, um Sanktionen der USA und der EU standzuhalten, wie die chinesische Zeitung Global Times am Dienstag schrieb. Das Land habe aufgrund der bereits in den letzten Jahren bestehenden Sanktionen gelernt, mit den Auswirkungen von Sanktionen umzugehen. Moskau habe auf die Diversifizierung seiner Energieexporte gesetzt. Das sei ein Prozess, der keine ernsten Schwierigkeiten bereite.
Russland müsse sich jedoch darauf vorbereiten, aus dem Bankennetzwerk SWIFT ausgeschlossen zu werden. Das wurde aufgrund der enormen möglichen Auswirkungen als "nukleare Option" des Westens bezeichnet. Bis zu 40 Prozent seiner Energieeinnahmen könnten dadurch verloren gehen, und der Ausschluss hätte ernste längerfristige Auswirkungen auf die russische Wirtschaft. Die Experten schätzten jedoch die Wahrscheinlichkeit eines solchen Schritts als gering ein.
Die westlichen Sanktionen seien eher symbolischen Charakters, so die chinesischen Experten. Es sei unwahrscheinlich, dass sie wirklichen Schaden auf die russische Wirtschaft ausüben werden.
Cui Hongjian, Direktor der Abteilung für Europäische Studien am Institut für Internationale Studien Chinas, erklärte:
"Die erste Serie von Sanktionen richtet sich weder gegen bestimmte Branchen noch gegen den Kern der russischen Wirtschaft, so dass die Auswirkungen minimal sind."
Die weiteren angekündigten Sanktionen könnten laut Cui weitreichendere Wirkungen entfalten, wenn sie umgesetzt würden. Sie sollen sich auf die Gebiete der Energiewirtschaft, der Finanzen und des Militärs erstrecken.
Die Biden-Regierung schlug vor, die Ausfuhr von Technologie nach Russland und den Zugang russischer Firmen zum Dollar zu verhindern, berichtete die Nachrichtenagentur Reuters. Am Sonntag hatte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gewarnt, dass Russland weitgehend von den internationalen Finanzmärkten abgekoppelt werden und sein Zugang zu wichtigen Exportgütern beschnitten werden könnte, wenn Moskau "die Ukraine angreift".
Cui verwies auf die Möglichkeit, dass US-Sanktionen den Zugang des russischen Militärs zu Rohstoffen und Ausrüstung beschränken könnten. Ein anderer Experte, Li Jianmin, Forscher an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, machte auf einen weiteren Aspekt aufmerksam:
"Jedoch hatte der Westen russische Militär- und Hightech-Unternehmen bereits 2014 auf die schwarze Liste gesetzt. Es bleibt also unklar, ob die USA ihr Embargo nutzen könnten, um Druck auf Russland auszuüben."
Der Westen sei sich uneins, ob Russland von SWIFT abgekoppelt werden solle, da der

Handelsumfang europäischer Staaten mit Russland enorm und der Kontinent auch auf russisches Erdgas angewiesen sei.
Li zufolge bereitet sich Russland seit langem auf mögliche neue Sanktionen des Westens vor. Zu den vorbereitenden Schritten, die Moskau unternommen habe, gehören ihm zufolge die Vermeidung des US-Dollars bei manchen internationalen Geschäften, das Abstoßen von US-Staatsanleihen und der Aufbau seiner Devisenreserven. Zudem habe Russland seit 2014 ein alternatives Finanznetzwerk namens SPFS aufgebaut, über das inzwischen ein Fünftel seiner inländischen Transaktionen liefen.
"Russland hat Drucktests durchgeführt, um herauszufinden, wie seine Wirtschaft im Extremfall funktionieren würde, wozu wohl auch der Abbruch der Verbindungen zur Außenwelt gehört. Aber selbst in einem solchen Fall ist Russland in der Lage, seine eigene Versorgung zu sichern, da es über ein großes Gebiet und reichlich Ressourcen verfügt."
Cui stimmte dem zu und ergänzte, dass Russland nur bedingt auf den Weltmarkt angewiesen sei – eigentlich nur in Bezug auf den Energiemarkt und den Militärsektor. Das spreche dafür, dass Russland westlichen Sanktionen weitgehend widerstehen könne.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62153ecfb480cc25ff077ece.jpg

Mil-lnr.info: **Operative Informationen des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko am 22. Februar 2022**
Die Lage an der Kontaktlinie bleibt äußerst angespannt.
In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **65-mal das Regime der Feuereinstellung verletzt** und **29 Ortschaften** der Republik beschossen.
Infolge von Beschuss durch Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade mit 122mm-Artilleriegeschützen, 120mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen auf **Christowoje, Krasnyj Jar, Alexandrowsk** und die **Gartenkooperative „Prigodnoje“** nahe des Denkmals für den Fürsten Igor wurden 14 Wohnhäuser und ein Wirtschaftsgebäude beschädigt.
Außerdem geht der Terror von Seiten der ukrainischen Straftruppen gegen die Zivilbevölkerung weiter.
Nach genaueren Informationen wurde durch Beschuss durch Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade mit 120mm-Mörsern von den Positionen im Gebiet von Lopaskino in Richtung **Slawjanoserbsk ein örtlicher Einwohner verletz**t, außerdem wurde ein Wohnhaus beschädigt.

snanews.de: **Syrien meldet erneuten Raketenangriff aus Israel**
Israel soll Syrien erneut mit Raketen angegriffen haben. Mehrere israelische Raketen seien kurz nach Mitternacht in der südwestlichen Provinz Quneitra eingeschlagen, teilte das syrische Verteidigungsministerium mit. Verletzt wurde ersten Erkenntnissen zufolge niemand. Israel habe „am 23. Februar um 00.30 Uhr von den besetzten syrischen Golanhöhen aus

Boden-Boden-Raketen abgefeuert und Ziele in der Nähe von Quneitra getroffen“, hieß es. Entstanden sei ein Sachschaden in bis jetzt unbekannter Größe.
In den vergangenen Wochen hatten syrische Militärs und Medien bereits von mehreren israelischen Luftangriffen berichtet. Vor rund zwei Wochen wurde Medienberichten zufolge ein syrischer Soldat bei dem israelischen Luftangriff getötet, fünf weitere erlitten Verletzungen.
Kurz vor dem Jahreswechsel hatte das in Syrien stationierte russische Militär mitgeteilt, dass zwei israelische F-16- Kampfjets den syrischen Hafen Latakia mit vier Raketen beschossen hätten. Die syrische Luftabwehr habe den Angriff unbeantwortet gelassen, weil sich zeitgleich ein Transportflugzeug der russischen Luftwaffe im Landeanflug auf den naheliegenden Stützpunkt Hmeimim befunden habe.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/0c/07/4595436_0:0:1920:1080_1920x0_80_0_0_d86f755fe333738acb979d710a1fc388.jpg

rusvesna.su: **Im Bundestag wurde die Aussetzung der Zertifizierung von Nord Stream 2 Heuchelei genannt**
Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Klima und Energie, Klaus Ernst, nannte die Aussetzung der Zertifizierung von Nord Stream 2 vor dem Hintergrund steigender US-Öllieferungen aus Russland Heuchelei.
Die Entscheidung über das Projekt sei noch nicht endgültig, glaubt er.
Die Entscheidung, die Zertifizierung von Nord Stream 2 auszusetzen, wird Deutschland betreffen
Die Entscheidung, die Zertifizierung von Nord Stream 2 vor dem Hintergrund der Anerkennung der Unabhängigkeit der DVR und LVR durch Russland auszusetzen, bedeute nicht den endgültigen Stopp des Projekts, sagte Klaus Ernst, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Klima und Energie. „Es wurde nicht vollständig gestoppt. Es wurde die Zertifizierung ausgesetzt, und ohne Zertifizierung kann die Gaspipeline nicht in Betrieb genommen werden“, sagte Ernst.
Er fügte hinzu, dass er die Entscheidung der Regierung, die Zertifizierung der Gaspipeline auszusetzen, als "problematisch" ansehe, da eine solche Maßnahme in Bezug auf das Projekt auch Europa betreffe.
Nach Angaben des Ausschussvorsitzenden hätte der Start der Gaspipeline positive Auswirkungen auf mehr als zehn Länder.
Der Politiker erinnerte daran, dass es Russland und Deutschland in den letzten Jahren und sogar während des Kalten Krieges gelungen sei, eine Partnerschaft im Energiesektor aufrechtzuerhalten.

„Wenn die Bundesregierung sie (Partnerschaft im Energiebereich – Anm. d. Red.) in Frage stellt, dann ist das ein großer Rückschritt, der dazu führen könnte, dass ein stabilisierendes Element zwischen unseren Ländern verloren geht“, betonte Ernst.
Der Politiker bezeichnete auch die Haltung der Regierung zur Zertifizierung von Gaspipelines als Heuchelei.
„Ich halte das für Heuchelei, weil die USA kürzlich ihre Ölimporte aus Russland erhöht haben. Ich habe nicht gehört, dass sie irgendwie begrenzt sind“, betonte er.
Ernst sagte, er glaube, dass die Entscheidung zu Nord Stream 2 zu höheren Gaspreisen in Deutschland führen werde. Er erklärte, dass Deutschland jetzt mehr Gas benötige und das Land gezwungen sei, entweder amerikanisches LNG zu hohen Preisen oder russisches Gas zu kaufen, das über andere Gaspipelines ins Land komme.
„Das Problem ist, dass es immer noch russisches Gas sein wird, egal durch welche Pipeline es geht.
Allerdings ist das Gas, das durch die Ukraine geht, teurer, weil die Ukraine eine Transitgebühr erhebt, die der deutsche Verbraucher letztendlich zahlen muss. Deshalb gehe ich davon aus, dass die Gaspreise in Deutschland steigen werden“, erklärte Ernst.
Er fügte hinzu, dass US-LNG eine ökologisch rückständige Technologie sei.

Wie Russland auf die Entscheidung zu Nord Stream 2 reagieren könnte

Ernst schloss nicht aus, dass Russland den Gastransit durch die Ukraine abbrechen könnte, falls sich die geopolitische Lage verschlechtern sollte.
„Es hängt von den Sanktionen des Westens und möglichen Gegensanktionen Russlands ab. Diese Gegensanktionen können sich auch auf Gaslieferungen durch andere Pipelines auswirken. Ich hoffe, dass die russische Seite dies nicht tun wird“, antwortete er auf die Frage nach einer möglichen Einstellung des Gastransits durch die Ukraine.
Er fügte hinzu, dass es bisher allen Parteien gelungen sei, die Vereinbarungen einzuhalten.
„Die deutsch-russischen Energiebeziehungen haben ihren Ursprung im Kalten Krieg, sie mussten sich vielen Widerständen stellen, aber sie haben überlebt. Ich hoffe, dass sie auch diese Krise überstehen“, so der Politiker abschließend.

https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/severnyy_potok_2_12.jpg

de.rt.com: **Sigmar Gabriel: Nord Stream 2 hat "nicht den Hauch einer Chance"**
Angesichts der eskalierenden Ukraine-Krise ist die Zukunft der Gaspipeline Nord Stream 2 zwischen Russland und Deutschland ungewiss. Am Dienstag stoppte die Bundesregierung die Zertifizierung der Erdgasleitung. Der Ex-Außenminister Gabriel sieht für die Pipeline keine

Zukunft mehr.
Die Bundesregierung hat am Dienstag entschieden, das Genehmigungsverfahren für den Betrieb der russisch-deutsche Erdgasleitung Nord Stream 2 bis auf Weiteres zu stoppen. Bundeskanzler Olaf Scholz erklärte wenig später, dass er es für möglich hält, dass die Pipeline nie in Betrieb gehen wird. "Jetzt jedenfalls ist das eine Situation, in der niemand darauf wetten sollte", sagte er am Dienstag in der ARD. "Da sind wir jetzt erstmal weit von entfernt", ergänzte der SPD-Politiker.
Sigmar Gabriel, der ehemalige Außenminister und derzeitige Vorsitzende des transatlantischen Vereins Atlantik-Brücke, die laut eigener Aussage das Ziel habe, "die Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Europa und Amerika auf allen Ebenen zu vertiefen", sieht für die Erdgasleitung keine Zukunft mehr. Am Mittwochmorgen sagte der SPD-Politiker im Deutschlandfunk:
"Ich war immer ein Befürworter des Projekts, weil ich auch an die Friedensdividende in der Wirtschaftspolitik geglaubt habe. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass dieses Projekt noch Realität wird, es sei denn, es geschehen Wunder und es gibt eine Verständigung mit Russland, aber danach sieht es ja nicht aus."
Er glaube nicht, dass Nord Stream 2 "den Hauch einer Chance hat". Selbst wenn die Krise noch bewältigt werden könnte, müssten Deutschland und Europa die Energiebeziehungen neu regeln.
Die umstrittene Gaspipeline durch die Ostsee ist fertig, das Genehmigungsverfahren am Dienstag vorerst gestoppt. Damit reagierte die Bundesregierung auf die russische Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk in der Ostukraine. Die Pipeline wurde nach Angaben des russischen Gaskonzerns Gazprom im September 2021 fertiggestellt und soll Gas von Russland nach Deutschland bringen.
Gabriel begrüßte die geplanten Sanktionen gegen Russland – auch wenn er davon ausgeht, dass der russische Präsident Wladimir Putin diese bereits einkalkuliert hat. Wichtig sei nun aber, dass die Geschlossenheit gegenüber Russland bestehen bleibe und einzelne Länder nicht wegen eigener wirtschaftlicher Interessen ausscherten.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6215ebfb48fbef7309646b70.jpg

novorosinform.oeg: **Die Ukraine kündigt die Einberufung von Reservisten im Alter von 18 bis 60 Jahren an**
Offiziere und Mannschaften würden einberufen, teilte der Generalstab der Armee mit.
Es wird darauf hingewiesen, dass der Präsident der Ukraine, Wladimir Selenskij, am 22. Februar 2022 einen Befehl des Oberbefehlshabers der Streitkräfte der Ukraine „Über die Einberufung von Reservisten zum Militärdienst über die Einberufung von Personen aus dem Kreis der Reservisten in einer besonderen Zeit" veröffentlicht hat.
„Reservisten im Alter von 18 bis 60 Jahren unterliegen der Wehrpflicht. Dies betrifft sowohl Offiziere als auch Soldaten und Unteroffiziere“, heißt es in der Mitteilung. Es wird präzisiert,

dass die Einberufung am Mittwoch beginnt, die maximale Dienstzeit beträgt 1 Jahr, heißt es in der Mitteilung.
In der DVR und LVR wurde bereits eine allgemeine Mobilmachung vor dem Hintergrund der kritischen Verschärfung der Situation im Donbass eingeleitet. Alle Männer zwischen 18 und 55 Jahren sind hier wehrpflichtig. Und diejenigen, die über 55 Jahre alt sind, werden auf freiwilliger Basis einberufen.

https://novorosinform.org/content/images/96/79/39679_720x405.jpg

de.rt.com: **Kanada schließt sich US-Sanktionen gegen Russland an – mehr Truppen nach Lettland**
Kanada hat sich einer Reihe von US-Sanktionen gegen Russland wegen der Eskalation der Ukraine-Krise angeschlossen. Premierminister Justin Trudeau will zudem zusätzliche Truppen nach Lettland verlegen. Auch eine kanadische Fregatte soll in das Gebiet entsandt werden.
Kanada hat sich einer Reihe von US-Sanktionen gegen Russland wegen der Eskalation der Ukraine-Krise angeschlossen. Weder dürften Kanadier künftig russische Staatsanleihen kaufen, noch mit zwei sanktionierten staatlichen Banken Russlands Geschäfte machen. Das teilte die Regierung am Dienstag in Ottawa mit. Darüber hinaus werde man Mitglieder des russischen Parlamentes bestrafen, die für die Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk gestimmt hatten.
Kanada will zudem seine Militärpräsenz in Lettland verstärken. Bis zu 460 Angehörige der kanadischen Streitkräfte sollen sich in das baltische Land begeben, das eine gemeinsame Grenze mit Russland hat. Die Truppe soll die bereits dort stationierten 540 kanadischen Soldaten ergänzen. Wie Ottawa mitteilte, werde gleichfalls eine Fregatte der Königlichen Kanadischen Marine in das Gebiet entsandt, in Begleitung eines oder mehrerer CP-140 Aurora-Spionageflugzeuge. Premierminister Justin Trudeau sagte:
"Kanada und unsere Verbündeten werden die Demokratie verteidigen. Wir ergreifen diese Maßnahmen heute, um uns gegen Autoritarismus zu stellen [...] Das ukrainische Volk muss, wie alle anderen Völker auch, frei über seine Zukunft entscheiden können."
Trudeau hob die Einigkeit der westlichen Partner bei der Verhängung starker Sanktionen gegen Moskau hervor. In diesem Zusammenhang betonte er vor allem die vorläufig gestoppte deutsche Gaspipeline Nord Stream 2. Da die Pipeline eine "bedeutende Einnahmequelle für den russischen Staat" gewesen wäre, falle der Stopp durchaus ins Gewicht.
Ottawa folgt mit seinen Sanktionen und Truppenverlegungen dem Beispiel Washingtons, das beide Maßnahmen bereits am Dienstag angekündigt hatte. US-Präsident Joe Biden erteilte rund 800 US-Soldaten, die sich derzeit in Italien aufhalten, den Befehl, sich in den baltischen Staaten neu zu positionieren. Gleichzeitig wurden acht F-35-Jets aus Deutschland nach Osteuropa und 32 Apache-Kampfhubschrauber von ihren Basen in Deutschland und Griechenland nach Polen entsandt.
Trudeau regiert derzeit unter dem Notstandsgesetz, das er letzte Woche – zum ersten Mal

überhaupt in der kanadischen Geschichte – zu Anwendung brachte. Das Notstands-Regime soll helfen, gegen einen LKW-Protest vorzugehen, der sich gegen die Corona-Politik seiner Regierung richtet.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6215ecedb480cc5f6306bc28.jpg

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zum Stand um 10:00 am 23.2.22**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **65-mal das Feuer auf das Territorium der Donezker Volksrepublik eröffnet**. Davon 46-mal unter Einsatz von 122mm-Artillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern und 512 Artillerie- und Mörsergeschosse abgefeuert. Außerdem wurden verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen eingesetzt. Insgesamt wurden auf das Territorium der DVR mehr als **826 Artillerie-, Mörser- und sinstige Granaten** abgefeuert. Unter Beschuss gerieten die Gebiet von **29 Ortschaften** der Republik.

Infolge der ukrainischen Aggression **starben drei Zivilisten, vier Soldaten der Volksmiliz der DVR wurden verletzt**.

Zum ersten Mal seit Mai 2018 setzte der Gegner Raketenartillerie beim Beschuss der Donezker Volksrepublik ein.

Die ukrainischen Kämpfer haben von den Positionen der 56. Panzergrenadierbrigade aus das Feuer mit einem Mehrfachraketenwerfer BM-12 „Grad“ auf den **Kiewskij-Bezrik von Donezk** fünf Raketen abgefeuert.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 95. Luftsturmbrigade **Shelesnaja Balka, Sajzewo (jushonje)** und **die Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit 122mm-Artillerie und 82mm-Mörsern beschossen.

Kämpfer der 30. mechanisierten Brigade haben unter Einsatz von 120mm- und 82mm-Mörsern **Golmowskij** und **Dolomitnoje** beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 25. Brigade **Wassiljewka, Pantelejmonowka, Werchnetorezkoje (jushnoje)** und **Oserjanowka** unter Einsatz von 120mm- und 82mm-Mörsern und verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Kämpfer der 56. Panzergrenadierbrigade haben das Feuer mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ und 122mm-Rohrartillerie auf den **Kiewskij-Bezirk von Donezk** eröffnet.

Kämpfer der 54. mechanisierten Brigade haben das Feuer auf **Staromichajlowka, Alexandrowka, die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** sowie das **Gelände des Volvo-Zentrums** unter Einsatz von 120mm- und 82mm-Mörsern eröffnet.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 53. Brigade **Styla, Petrowskoje, Dokutschajewsk, Nowolaspa, Nowaja Marjewka, Grigorowka, Tawritscheskoje** und **Belaja Kamenka** unter Einsatz von 120mm-Mörsern, Panzern sowie verschiedenen Arten von Granatwerfern beschissen.

Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade haben B**esymennoje, Dsershinskoje, Leninskoje, Nabereshnoje, Oktjabrj, Sachanka** und **Kominternowo** unter Einsatz von 12mm-Artillerie, 120mm-Mörsern und verschiedenen Arten von Granatwerfern beschossen.
Zusätzliche Informationen über Verletzte und Zerstörungen ziviler Objekte werden noch ermittelt.
Die Verstöße wurden operativ von der Vertreter der DVR im GZKK in der geltenden Zusammensetzung den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, die sich weigert, auf unsere Anfragen nach einer Waffenruhe zu reagieren und operativ Maßnahmen zur Feuereinstellung von Seiten des Gegners zu ergreifen.
In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben Kämpfer der 95. Luftsturmbrigade sieben T-64-Panzer in der Nähe von Wosdwishanka und zwei Schützenpanzerwagen in der Nähe von Majorsk stationiert. Kämpfer der 53. mechanisierten Brigade haben einen Schützenpanzer in der Nähe von Nowotroizkoje stationiert.
Alle Sachverhalte werden vom Bericht der OSZE-Mission vom 22.02.2022 bestätigt.

snanews.de: **Russlands Botschafter: USA haben Kiew zur Nicht-Umsetzung Minsker Vereinbarungen ermutigt**
Russlands Botschafter in den USA, Anatoli Antonow, hat Washington Tatenlosigkeit mit Blick auf die ukrainische Nicht-Erfüllung der Verpflichtungen aus den Minsker Vereinbarungen vorgeworfen. Ihm zufolge entschieden sich die USA für einen anderen Weg – nämlich Kiew mit Waffen "vollzupumpen" und zum Krieg anzuspornen.
Wie Antonow in einem auf Facebook veröffentlichten Interview der russischen Botschaft in den USA berichtete, haben die Amerikaner innerhalb von sieben Jahre nichts unternommen, um die ukrainische Führung von der Notwendigkeit der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu überzeugen.
„Stattdessen ermutigte Washington das Kiewer Regime zur Tatenlosigkeit“, erklärte der russische Vertreter.
Darüber hinaus verwies er auf die kriminelle Verfolgung der russischsprachigen Bevölkerung des Landes, wobei Washington weggesehen habe.
„Auf den Schultern der Vereinigten Staaten sitzend“, habe Kiew an die Möglichkeit geglaubt, den innerukrainischen Konflikt mit Gewalt zu lösen, so Antonow. Russland konnte ihm zufolge den weiteren Tod von Zivilisten im Donbass nicht zulassen, die in letzter Zeit „einer direkten Bedrohung der Vernichtung“ ausgesetzt waren.
Das Problem zu lösen oder sich ihm zumindest zu nähern, war laut dem Botschafter recht einfach. Es wäre vom Weißen Haus ausreichend gewesen, die „offiziellen Vertreter Kiews aufzufordern, sich mit ihren Landsleuten aus Donezk und Lugansk an den Verhandlungstisch zu setzen“, machte Antonow deutlich.
„Der Gewinn für alle Konfliktparteien liegt auf der Hand. Allerdings wurde hier eine andere Linie gewählt – das Kiewer Regime mit Waffen vollzupumpen und zum Krieg anzuspornen“.
Zuvor hatte der russische Präsident Wladimir Putin erklärt, dass die Ukraine die Minsker Abkommen über eine friedliche Beilegung des Konflikts jahrelang ignoriert habe. Diese Friedensvereinbarungen sind nach Worten des russischen Präsidenten Wladimir Putin erloschen, weil Russland die selbsterklären Volksrepubliken Donezk und Lugansk anerkannt hat.
Europa sei nicht in der Lage gewesen, Kiew zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu bewegen. Eben deshalb habe sich Russlands gezwungen gesehen, die Unabhängigkeit der beiden Donbass-Republiken anzuerkennen, betonte der Staatschef. …

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/08/02/3058970_0:0:3014:1696_1920x0_80_0_0_4d3f69baa0fc52a7f5f2b26fa8346670.jpg

snanews.de: **Bombenanschlag vor Fernsehzentrum in Donezk – Warnung an Journalisten?**
Auf dem Gelände des Fernsehzentrums in der Stadt Donezk ist am frühen Mittwochmorgen laut dem amtierenden Informationsminister der selbsterklärten Volksrepublik Donezk, Daniil Bessonow, eine Bombe explodiert. Niemand ist ihm zufolge verletzt worden.
Der Vorfall ereignet sich demnach gegen 0:50 Uhr Ortszeit (22:50 Uhr MEZ am Dienstag). Bei der Bombe handle es sich wahrscheinlich um einen selbstgebastelten Sprengsatz: Dieser habe keine Submunition enthalten, teilte Bessonow mit. „Die Menge an Sprengstoff war jedoch nicht gering, es gibt einen Sprengtrichter am Ort der Explosion“, sagte der Minister.
Er vermutet, dass die Explosion eine Warnung an Journalisten sein könnte, und schloss weitere Terrorakte gegen Journalisten nicht aus. Zum Zeitpunkt des Anschlags hätten sich mehrere Mitarbeiter im Gebäude des Fernsehzentrums befinden, unter anderem auch der Generaldirektor der Einrichtung.
Wie ein SNA-Korrespondent vor Ort berichtete, war die Explosion in vielen Teilen der Stadt zu hören. Der Tatort sei von Experten der Bomben- und Munitionsentschärfung untersucht worden. …

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/02/17/5493665_0:320:3072:2048_1920x0_80_0_0_5d612e5db3e7e627a3aaa233a7001abc.jpg

snanews.de: **FSB vereitelt auf Krim Terroranschlag - Sechs Verdächtige festgenommen**
Die russischen Sicherheitskräfte haben nach eigenen Angaben einen Terroranschlag auf der

Schwarzmeerhalbinsel Krim verhindert. Der Inlandsgeheimdienst FSB berichtete am Mittwoch über die Festnahme von sechs Verdächtigen. Bei ihnen soll es sich um russische Anhänger der ukrainischen rechtsextremen Organisation „Rechter Sektor“ handeln.
Alle Festgenommenen seien russische Staatsbürger und stünden im Verdacht, in einer orthodoxen Kirche eine selbstgebastelte Bombe sprengen zu wollen, teilte der FSB mit. Sie seien während der Vorbereitungen auf den Anschlag verhaftet worden. Ziel des Anschlags sei die Einschüchterung der Bevölkerung gewesen.
In der Garage eines der Verdächtigen seien Komponenten eines Sprengsatzes sowie eine Bauanleitung gefunden worden. Außerdem sollen sie in einem Schriftwechsel Details des Anschlags besprochen haben.
Die Krim hatte sich Anfang 2014 nach einem nationalistisch geprägten Umsturz in Kiew von der Ukraine abgespalten und trat nach einem Referendum wieder Russland bei. Die Schwarzmeerhalbinsel hatte seit 1783 zu Russland gehört, bevor der sowjetische Staatschef Nikita Chruschtschow 1954 sie symbolisch von der Russischen Sowjetrepublik an die Ukrainische Sowjetrepublik – beide im Bestand der Sowjetunion – „verschenkte“.
Nach dem Zerfall der Sowjetunion im Dezember 1991 verblieb die Krim automatisch in der unabhängig gewordenen Ukraine. Die Ukraine betrachtet die Halbinsel weiter als ihr Hoheitsgebiet. Auch die Nato-Staaten erkennen das Krim-Referendum nicht an.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e4/0c/0b/121224_0:60:824:524_1920x0_80_0_0_920c7507a0173b75a1fa08b2e9c7aed2.jpg

snanews.de: **Nach Anerkennung von Donezk und Lugansk: Maduro sichert Russland Unterstützung zu**
Nach der Anerkennung der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk als unabhängige Staaten durch Russland hat Venezuelas Präsident Nicolás Maduro seine volle Unterstützung für seinen russischen Amtskollegen, Wladimir Putin, bekräftigt. Nach seiner Ansicht strebte Russland immer nach einer diplomatischen Lösung der Ukraine-Krise.
In einer vom staatlichen Fernsehsender Venezolana de Televisión (VTV) ausgestrahlten Sendung warf Maduro am Dienstag den USA und der Nato mit Blick auf die gegenwärtigen Ereignisse um die Ukraine vor, Russland mit militärischen Mitteln „erledigen“ sowie einer „multipolaren Welt“ ein Ende setzen zu wollen.
Vor diesem Hintergrund bekundete Venezuelas Präsident „volle Unterstützung“ für den russischen Präsidenten „bei der Verteidigung des Friedens“ in Russland und für „sein Volk“.
Des Weiteren nahm er zu Ereignissen im Donbass Stellung. In der Ukraine seien infolge der Verfolgung des russischen Volkes im Osten des Landes zwei Gebiete zu Volksrepubliken ausgerufen worden – Donezk und Lugansk, um sich „vor der Vernichtung durch die faschistischen Sektoren“ zu schützen, die an die Macht gekommen seien. Maduro fügte dazu:

„Und es ist zu einem schwierigen Konflikt gekommen. Und in allen Phasen des Konflikts gab es immer einen diplomatischen Dialog-Vorschlag seitens Putins, der zu den Minsker Vereinbarungen geführt hat.“
Die Rechtsextremen, die in der Ukraine an die Macht kamen, wären laut dem Präsidenten nie daran interessiert gewesen, „den Konflikt durch einen Dialog zu lösen“. Genauso wenig Interesse hätten sie am Frieden und Respekt gegenüber Russland gehabt.
„Mehrmals hat Putin einen Dialog angeboten, um eine Grundlage für gegenseitiges Verständnis zu schaffen, aber die Elite (…) und die Gruppen, die in der Ukraine an die Macht kamen, haben es vorgezogen, sich den Plänen für die militärische Einkreisung Russlands, den Plänen für eine Aggression gegen Russland anzuschließen“, sagte der venezolanische Präsident.
Daher drücke sein Land, betonte Maduro, seine Unterstützung für Putin beim Schutz des Friedens in Russland und der Region aus. Diese gelte auch „für alle Dialog-Initiativen und die Suche nach diplomatischen Lösungen“. …

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/02/17/5494521_0:105:2883:1726_1920x0_80_0_0_2dfd65844f1606418f4bddf893faeb2f.jpg

nachmittags:

snanews.de: **Sieben Ortschaften in wenigen Stunden: Donezk berichtet über intensivierten Beschuss aus Ukraine**
Die Volksrepublik Donezk wirft dem ukrainischen Militär vor, den Beschuss der Region zuletzt intensiviert zu haben. Am Mittwoch wurden nach Angaben lokaler Behörden innerhalb weniger Stunden sieben Ortschaften mit Mörsergranaten beschossen. Ob dabei Menschen verletzt wurden, blieb zunächst unklar.
In rund drei Stunden seien 43 Minen sowie mehrere Granaten abgefeuert werden, teilte die Vertretung der Donezker Volksrepublik beim Gemeinsamen Waffenstillstands-Kontrollzentrum mit.
Die Ortschaften Belaja Kamenka, Nowaja Marjewka, Petrowskoje, Sachanka, Besymennoje, Kominternowo und Spartak hätten unter Beschuss gestanden. Dabei seien auch durch die Minsker Abkommen verbotene 120mm-Mörser eingesetzt worden.
Der Konflikt zwischen der ukrainischen Armee und den selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk war in den letzten Tagen eskaliert. Beobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa registrierten auf beiden Seiten Verstöße gegen die vereinbarte Waffenruhe.
Am Montag erkannte Russland die beiden seit 2014 von Kiew abtrünnigen Regionen als unabhängige Staaten an. Der russische Präsident Wladimir Putin begründete die Entscheidung unter anderem damit, dass die Ukraine die Minsker Abkommen über eine friedliche Beilegung

des Konflikts jahrelang ignoriert habe.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/02/12/5417344_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_1242d772695a2b6eee23dba8032b1985.jpg

de.rt.com: **"Rückkehr zum Kaiserreich nicht geplant" - Putin antwortet auf Imperialismus-Vorwürfe**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat den Vorwurf zurückgewiesen, er wolle sein Land in die Grenzen des Russischen Kaiserreiches zurückversetzen. Er erklärte, dass Moskau die Unabhängigkeit postsowjetischer Staaten anerkenne.

In einem Gespräch mit seinem aserbaidschanischen Amtskollegen Ilham Alijew am Dienstag versicherte der russische Staatschef Wladimir Putin, dass er mit einer solchen Reaktion des Westens wegen seiner Entscheidung, die Republiken Donezk und Lugansk formell anzuerkennen, gerechnet habe, die Rückkehr des Russischen Kaiserreichs aber nicht geplant sei. Der russische Präsident erklärte:

"Ich möchte gleich zu Beginn sagen, dass wir Spekulationen zu diesem Thema sehen und vorausgesehen haben, dass Russland das Kaiserreich in denselben imperialen Grenzen wiederherstellen wolle. Das ist absolut nicht wahr."

Putin betonte, dass Moskau nicht vorhabe, Länder, die früher unter russischer Kontrolle standen, wieder zu kolonisieren, sondern vielmehr "alle neuen geopolitischen Realitäten" anerkenne und eine Zusammenarbeit mit den unabhängigen Staaten anstrebe, die nach dem Zusammenbruch der UdSSR entstanden seien. Der russische Präsident hob hervor, dass Russland selbst in sehr akuten Situationen immer sehr vorsichtig gehandelt habe.

Er bezog sich dabei auf Russlands Umgang mit Fragen der staatlichen Souveränität und fügte hinzu:

"Ausgehend von den Interessen aller beteiligten Staaten ... haben wir immer versucht, für beide Seiten akzeptable Lösungen zu finden."

Der Westen hat Russland imperialistische Motive vorgeworfen, nachdem Putin am Montag die Souveränität der Volksrepubliken Donezk und Lugansk formell anerkannt und damit deren Schwebestatus innerhalb der Ukraine beendet hat. Die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen Linda Thomas-Greenfield hatte gesagt, Putin wolle "eine Zeitreise in die Vergangenheit unternehmen ... in eine Zeit, in der Imperien die Welt beherrschten". Dies würde "schreckliche" Folgen sowohl für die Ukraine als auch für die ganze Welt haben.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62160485b480cc5e3032f36e.jpg

snanews.de: **Deutsche Welle wehrt sich gegen drohende Sperre in der Türkei**
Nachdem die türkische Medienaufsichtsbehörde RTÜK der Deutschen Welle und zwei weiteren Auslandsmedien in der Türkei eine Frist von 72 Stunden gesetzt hatte, um eine Lizenz zu beantragen, will DW-Intendant Limbourg gegen die Maßnahme Widerspruch einlegen.
DW-Intendant Peter Limbourg kritisierte das RTÜK-Vorgehen als Versuch, kritische Medien mundtot zu machen. „Nachdem die lokalen Medien in der Türkei bereits einer umfassenden Regulierung unterliegen, folgt nun der Versuch, internationale Medien in ihrer Berichterstattung einzuschränken.“ Die Maßnahme beziehe sich nicht nur auf formale Aspekte der Verbreitung von Programmen, sondern auch auf die journalistischen Inhalte selbst, so Limbourg. „Sie gibt den türkischen Behörden die Möglichkeit, aufgrund einzelner, kritischer Berichte das gesamte Angebot zu sperren, wenn diese Berichte nicht gelöscht werden. Damit würde die Möglichkeit einer Zensur eröffnet.“ Die Deutsche Welle werde daher Widerspruch einlegen und vor türkischen Gerichten den Rechtsweg beschreiten.
Eine 2019 in Kraft getretene Regelung sieht für alle Sender eine Lizenzpflicht und eine Vertretung in der Türkei vor. Wie die DW schreibt, habe sie gemäß diesem Gesetz ein Verbindungsbüro in der Türkei eingerichtet und sei seit Februar 2020 bei dem zuständigen türkischen Ministerium registriert.
Neben der DW erhielten auch der US-Sender Voice of America und der europäische Sender Euronews die Aufforderung, innerhalb von 72 Stunden eine Lizenz zu beantragen. Andernfalls droht die Sperrung.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/02/16/5472974_0:0:1201:676_1920x0_80_0_0_cdbcedc7abbf820070566c5e55320948.jpg

Armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zum Stand um 14:00 am 23. Februar**
Die Situation an der Kontaktlinie bleibt kritisch.
Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner **14-mal das Feuer** unter Einsatz von Rohrartillerie sowie 120mm- und 82mm-Mörsern auf das Territorium der Donezker Volksrepublik **eröffnet** und **145 Artillerie- und Mörsergeschosse** abgefeuert.
Unter Beschuss gerieten **10 Ortschaften** der Republik.
Bei der Durchführung von Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an einer Elektrounterstation in **Staromichajlowka gerieten eine Beobachtergruppe der Vertretung der DVR im GZKK und eine Reparaturbrigade von Energietechnikern unter Mörserbeschuss** der BFU. Zum Glück konnten Opfer vermieden.
Nach genaueren Informationen wurde infolge nächtlichen Mörserbeschusses von den Positionen der 56. Panzergrenadierbrigade in Spartak ein Wohnhaus vernichtet. Opfer unter der Bevölkerung gibt es nicht.
Nach operativen Informationen wird von den Positionen der Kämpfer der 56. Brigade der **Beschuss von Spartak fortgesetzt**, es brennt ein Wohnhaus.
Zusätzliche Informationen über Verletze und Zerstörungen von zivilen Objekten werden noch ermittelt.
Die Verstöße wurden operativ von der Vertreter der DVR im GZKK in der geltenden Zusammensetzung den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, die sich weiter auf unsere Anfragen nach einer Waffenruhe zu reagieren und operativ Maßnahmen zur Feuereinstellung von Seiten der BFU zu ergreifen.
Die ukrainische Führung hat mit der Umsetzung von Plänen begonnen, die sie im September 2021 bei der besonderen Kommadostabsübung „Vereinigte Anstrengungen 2021“ erarbeitet hatte. Es ist die **Ankunft von zusätzlichen Kräften der Nationalpolizei auf dem Territorium der Oblaste Donezk und Lugansk**, das von Kiew kontrolliert wird, festgestellt worden. Zu den Aufgaben der eingetroffenen Polizisten gehört es, zu verhindern, dass die nicht loyale Bevölkerung in die zentralen Oblaste der Ukraine flieht, und Lager für zeitweilig vertriebene Personen zu schaffen.

de.rt.com: **Ukraine verhängt Ausnahmezustand**
Nach dem Beschluss der Russischen Föderation, die Volksrepubliken im Donbass

anzuerkennen, verhängt die Ukraine im gesamten Land den Ausnahmezustand. Das gewährt den Sicherheitskräften zusätzliche Kompetenzen.
Der ukrainische Sicherheitsrat hat im gesamten Territorium des Landes den Ausnahmezustand verhängt. Zunächst gelte dieser für einen Monat, so Olexij Danilow, Sekretär des Sicherheitsrates. Darüber hinaus sei eine Verlängerung um einen weiteren Monat möglich. Auch deutete er auf die Möglichkeit hin, den Belagerungszustand auszurufen und Ausgangssperren zu verhängen. Das sei jedoch derzeit nicht konkret geplant.
Im Rahmen des Ausnahmezustandes könnten Ausgangssperren verhängt werden. Zudem ist eine verstärkte Polizeipräsenz vorgesehen. Auch können die Sicherheitskräfte ohne Anfangsverdacht Personen und Autos kontrollieren. Zudem sind Massenveranstaltungen und Streiks untersagt.
Die von Kiew kontrollierten Teile Donezks und Lugansks sind von dem Beschluss ausgenommen. Dort gilt ohnehin eine seit 2014 andauernde besondere Form des Ausnahmezustandes.
Dem Beschluss muss noch das ukrainische Parlament zustimmen. Das gilt aber als sicher. Das ukrainische Parlament billigte außerdem am Mittwoch in erster Lesung den Gesetzesvorschlag, Zivilisten den Waffengebrauch für die "Selbstverteidigung" zu erlauben.
Neben der Verhängung des Ausnahmezustands kündigte Danilow an, dass die Ukraine 36.000 Reservisten im Alter von 18 bis 60 Jahren in die Armee einberufen werde.
Am Montag hatte der russische Präsident Wladimir Putin im russischen Parlament bekannt gegeben, die Volksrepubliken Donezk und Lugansk als souveräne Staaten anzuerkennen.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/621620bbb480cc17fe1135a3.jpg

snanews.de: **„Raus aus Donbass“: Demonstranten fordern in Berlin Beistand für Ukraine und Sanktionen gegen Moskau**
Am Dienstagabend hat ein Zusammenschluss junger Ukrainer in Berlin vor der Russischen Botschaft gegen den russischen Einmarsch in die Ostukraine demonstriert. Auch Politiker von der Grünen Jugend und von anderen Jugendorganisationen der Parteien haben mitdemonstriert. SNA war vor Ort.
Viele deutsche Medien sind am Dienstagabend zur Russischen Botschaft in Berlin gefahren, um den Protest junger Exil-Ukrainer und Ukrainerinnen sowie deutscher Demonstranten gegen die Anerkennung der Republiken Donezk und Lugansk sowie gegen den russischen Truppeneinmarsch zu filmen. Im Internet hatte die Organisation „Vitsche Berlin“ zuvor zu einer Veranstaltung unter dem Motto #Ukrainewillresist, also „Ukraine wird Widerstand leisten“ aufgerufen. Angemeldet wurden anfangs 150 Menschen, gekommen sind aber nach SNA-Einschätzung vor Ort bis zu 500 Menschen.
In einem emotionalen Auftritt hat eine Vertreterin der Organisation ihre Sorgen angesichts der

Eskalation mit Russland zum Ausdruck gebracht. Sie begrüße es, dass Deutschland der Ukraine beistehe und die Zertifizierung von Nord Stream 2 gestoppt habe. Das sei aber nicht genug, man müsse „die russische Aggression auf allen staatlichen Ebenen“ bestrafen, hieß ihr Vorschlag. Auch die Sanktionen gegen Russland solle man sofort einführen, bevor es „zu spät ist“. Anschließend haben die Demonstranten mit der in der Ukraine beliebten Grußform „Ruhm der Ukraine, Ruhm den Helden“ (Slawa Ukrajini – Gerojam Slawa) ihre Forderungen unterstützt. Der Gruß wurde von den ukrainischen Partisanen zwar schon im Bürgerkrieg 1917–1921 gegen die Sowjets verwendet, wurde dann aber gerade im Zweiten Weltkrieg zum Markenzeichen von ukrainischen Nationalisten und Nazi-Kollaborateuren. In der Euromaidan-Revolution 2014 wurde der Spruch verstärkt aufgegriffen und ist seit 2018 auch der offizielle militärische Gruß der ukrainischen Streitkräfte.
Auch Vertreter der Berliner Linke waren vor Ort, weigerten sich aber, mit SNA zu sprechen. In einem leidenschaftlichen Auftritt setzte sich der Sprecher der Grünen Jugend, Timon Dzienus, für die Bevölkerung der Ukraine ein, die seit Jahren zu einem „Spielball der Machtdemonstrationen“ geworden sei.
„Schluss mit den russischen Aggressionen gegen die Menschen in der Ukraine“, forderte Dzienus, „das Agieren von Wladimir Putin ist widerlich und abscheulich“. Man stehe heute solidarisch zusammen an der Seit der Menschen in der Ukraine, so Dzienus. Seine und andere Auftritte von jungen Grünen wurden mit Rufen wie „Raus aus Donbass“, „Stop Putin, Stop war“ sowie „Waffen an die Ukraine“ unterstützt. Im Abschluss ist es dem SNA-Team noch gelungen, mit zwei Demonstrantinnen mit einer russischen Flagge ins Gespräch zu kommen. Sie würden sich klar für die Menschen in der Ukraine einsetzen und gegen die russischen Aggressionen, sagten sie SNA.
Aber auch gegen die ukrainischen Aggressionen gegen die Menschen im Donbass, gegen deren Ausgrenzung und für die Erfüllung des Minsker Abkommens durch Kiew, fragte SNA zurück. „Niemand grenzt sie aus, es ist nur die russische Propaganda“, wurde darauf geantwortet. Auf die Fragen nach der Wirtschaftsblockade und den Abschlüssen von den Studenten im Donbass, die in Kiew nicht anerkannt werden, gingen die Demonstrantinnen schon nicht mehr ein. …

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/02/17/5497117_0:298:2048:1450_1920x0_80_0_0_444e4075aa0194f162510ade9ee1e79b.jpg

Dan-news.info: **Gemeinsame Pressekonferenz des Oberhaupts der DVR Denis Puschilin und des Vorsitzenden des Generalrats von „Einiges Russland“, des stellvertretenden Vorsitzenden des Föderationsrats Andrej Turtschak.**
Turtschak: Bereits mehr als 93.000 Flüchtlinge sind auf dem Territorium der RF eingetroffen.
Puschilin: Derzeit befinden sich keine russischen Truppen auf dem Territorium der DVR und vor diesen Ereignissen haben sie hier alle internationalen Beobachter hier gesucht. Was die

Zukunft betrifft, ist die Anwesenheit von russischen Truppen hier möglich? Ja. Eine entsprechende Entscheidung wird abhängig von der Aktivität der ukrainischen Truppen getroffen werden.
Puschilin: „Minsk“ ist schon in der Vergangenheit, jetzt lassen wir uns von der jetzigen Situation leiten.
Puschilin auf die Frage über die Pläne zur Rückgewinnen der nicht von Donezk kontrollierten Territorien der DVR, die jetzt von der Ukraine kontrolliert werden. Wie sich die Ereignisse weiter entwickeln werden, wie die Gerechtigkeit wiederhergestellt werden wird, wird die Zeit zeigen. Ich hoffe auf friedliche Weise, aber ob das gelingt oder nicht, wird die Zeit zeigen.

de.rt.com: **Russland: UN-Generalsekretär wird vom Westen unter Druck gesetzt**
Moskau hat den UN-Generalsekretär António Guterres für seine Äußerungen zur Situation um die Ukraine kritisiert. Er habe sich dem Druck des Westens gebeugt und Erklärungen gemacht, die seinem Status unwürdig seien und gemäß der UN-Charta nicht in seinen Zuständigkeitsbereich fallen würden.
Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat am Mittwoch in einem Gespräch mit dem UN-Sondergesandten für Syrien Geir Pedersen beklagt, dass sich der UN-Generalsekretär António Guterres in der Situation um die Ukraine dem Druck des Westens gebeugt habe. Guterres hatte die Anerkennung der beiden abtrünnigen Donbass-Republiken als souveräne Staaten durch Russland scharf kritisiert.
Lawrow erklärte gegenüber Pedersen, dass sich zum Bedauern Moskaus herausgestellt habe, dass der UN-Generalsekretär "dem Druck des Westens nachgegeben und in den letzten Tagen mehrere Bemerkungen zur Lage in der Ostukraine gemacht hat, die seinem Status unwürdig sind und gemäß der UN-Charta nicht in seinen Zuständigkeitsbereich fallen".
Moskau habe die Äußerungen von Guterres und seinen Vorgängern analysiert, so Lawrow weiter. Niemals zuvor habe der UN-Generalsekretär solche Bemerkungen über einen anderen bewaffneten Konflikt gemacht. Russland habe den UN-Generalsekretär über seine Einschätzung informiert.
Am Dienstag hatte Guterres vor Journalisten die Entscheidung Russlands, die Souveränität der Volksrepubliken Donezk (DVR) und Lugansk (LVR) anzuerkennen, als "Verletzung der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine" kritisiert. Der UN-Generalsekretär warnte, Moskaus Vorgehen sei ein "Todesstoß für die vom Sicherheitsrat gebilligten Minsker Vereinbarungen".
In einer Fernsehansprache am Montag erklärte der russische Präsident, dass Moskau die beiden Volksrepubliken, die nach dem Euromaidan-Putsch in der Ukraine 2014 entstanden waren, mit sofortiger Wirkung anerkenne. Er wies das russische Militär an, in den neu anerkannten Republiken als Friedenstruppe "den Frieden zu sichern".
Putin verwies auf das Scheitern der Minsker Vereinbarungen zur Beendigung der Kämpfe zwischen separatistischen Kräften und ukrainischen Truppen im Osten des Landes und erklärte, dass Kiew "nicht an friedlichen Lösungen interessiert" sei und einen "Blitzkrieg" im Donbass plane. Nach Verhandlungen in den Jahren 2014 und 2015 wurde zwar ein Waffenstillstand vereinbart, doch die Ukraine habe es jahrelang versäumt, Donezk und Lugansk den in den Minsker Vereinbarungen vorgesehenen Sonderstatus zu gewähren.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62160f6eb480cc5e322fe731.jpg

de.rt.com: **Johnson: Großbritanniens Regulierungsbehörde soll Lizenz des Nachrichtensenders RT überprüfen**

Der britische Premierminister Boris Johnson sagte am Mittwoch, die britische Medienaufsichtsbehörde sei gebeten worden, die Sendelizenz des russischen Nachrichtensenders RT zu überprüfen. Die britische Labour Party hatte gestern bereits ein Verbot des russischen Senders gefordert.

In einer Rede vor dem britischen Unterhaus informierte Premierminister Boris Johnson laut der Nachrichtenagentur Reuters am Mittwoch darüber, dass Kulturministerin Nadine Dorries die britische Medienaufsichtsbehörde Ofcom darum gebeten hat, den Betrieb des russischen Nachrichtensenders RT zu überprüfen. Als Begründung nannte Johnson die russische Stationierung von Truppen im Bereich der Ostukraine und dass Moskau die Donbass-Republiken Donezk und Lugansk anerkannt hatte.

Die britische Labour Party hatte am gestrigen Dienstag bereits ein Verbot des staatlich finanzierten russischen Fernsehsenders RT gefordert und dabei den Sender beschuldigt, "Propaganda" für Wladimir Putin zu verbreiten. Keir Starmer, der Vorsitzende der Labour Party, sagte den anwesenden Abgeordneten, dass die "Fehlinformationskampagne" des russischen Präsidenten bekämpft werden müsse, indem RT daran gehindert wird, "seine Propaganda in der ganzen Welt auszustrahlen", so die Darstellung des Guardian.

Ein Sprecher der britische Medienaufsichtsbehörde Office of Communications (Ofcom) äußerte sich laut dem Guardian dahingehend, dass seiner Meinung nach "alle Lizenznehmer die Regeln von Ofcom einhalten müssten", einschließlich "der gebotenen Genauigkeit und Unparteilichkeit". Er wird mit den Worten zitiert:

"Wenn Sender gegen diese Regeln verstoßen, werden wir nicht zögern, einzuschreiten."

In einer ersten Stellungnahme stellte Anna Belkina, stellvertretende Chefredakteurin von RT, gegenüber Reuters klar, dass "die operative und redaktionelle Unabhängigkeit von RT gegenüber allen Regierungen gesetzlich geschützt ist" und es auch schon immer war. Belkina betonte, dass die britische Medienaufsichtsbehörde Ofcom trotz des politischen Drucks in den letzten vier Jahren keinerlei Verstöße von RT gegen den Rundfunkkodex festgestellt hatte. Belkina wird laut der BBC mit den Worten zitiert:

"Es ist immer eine Freude zu sehen, wie westliche und insbesondere britische Politiker endlich ihre heuchlerische Verkleidung zugunsten einer offenen Einmischung in Institutionen fallen lassen, die sie als angeblich völlig unabhängig und frei von politischem Druck und Einmischung anpreisen."

Der britische Premier Johnson reagierte laut Medien bei seiner Rede im Unterhaus auf die verbale Attacke des Oppositionsführers Keir Starmer gegen den Sender RT mit der Feststellung:

"Wir leben in einer Demokratie, und wir leben in einem Land, das an die Meinungsfreiheit glaubt. Und ich denke, es ist wichtig, dass wir es der Ofcom und nicht den Politikern überlassen, zu entscheiden, welche Medienorganisationen verboten werden sollen – so wie es Russland tut."
In ihrem Brief an Ofcom-Chefin Melanie Dawes schrieb Dorries laut Variety, dass der Nachrichtensender RT "nachweislich Teil der globalen Desinformationskampagne Russlands" sei. Dorries wörtlich:
"Ich habe Bedenken, dass Sender wie RT, die nach Ansicht der Ofcom in der Vergangenheit wiederholt gegen den Rundfunkkodex verstoßen haben, auch versuchen werden, schädliche Desinformationen über die aktuelle Krise in der Ukraine zu verbreiten."

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6216387cb480cc1c781012d2.jpg

Dnronline.su: **Das russische Außenministerium ist der Ansicht, dass die derzeitigen Argumente über die Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine und die Notwendigkeit der Umsetzung des mit der Resolution 2202 des UN-Sicherheitsrates verabschiedeten Minsker Maßnahmenpakets sehr weit von der Realität entfernt sind.**
"Es ist logisch, sich zu fragen, wo all diese Personen in den letzten acht Jahren waren, als das Kiewer Regime, das durch einen Staatsstreich an die Macht kam, eine militärische Strafaktion gegen seine Bürger durchführte, deren Opfer vierzehntausend Zivilisten waren. In eklatanter Verletzung des Minsker Maßnahmenpakets wurde eine brutale Verkehrs- und Wirtschaftsblockade über den Donbass verhängt, und die Zahlung von Renten und Sozialleistungen an seine Bewohner eingestellt, die Selenskij als "Exemplare" bezeichnete und ihnen nahegelegte, die Ukraine zu verlassen. Solche Handlungen weisen alle Merkmale eines Völkermordes auf.
Der UN-Generalsekretär hätte Kiew all die Jahre auffordern müssen, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen, vor allem durch die Aufnahme eines direkten Dialogs mit Donezk und Lugansk, was im Maßnahmenpaket und in der Resolution 2202 eindeutig vorgeschrieben ist.
Was die Äußerungen des offiziellen Vertreters des UN-Generalsekretärs anbelangt, wonach Herr A. Guterres die Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine durch die Anerkennung der DVR und der LVR durch Russland bedauert, so ist daran zu erinnern, dass in der **Erklärung über die Grundsätze des Völkerrechts** betreffend die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten in Übereinstimmung mit der UN-Charta, die durch die Resolution 2625 der UN-Generalversammlung von 1970 im Konsens angenommen wurde, **Die Bestimmung über die Achtung der territorialen Integrität bezieht sich auf "Staaten, die in ihrem Handeln den Grundsatz der Gleichberechtigung und der Selbstbestimmung der Völker achten ... und**

daher über Regierungen verfügen, die ohne Unterschied der Rasse, des Glaubens oder der Hautfarbe das gesamte in ihrem Hoheitsgebiet lebende Volk vertreten". Die Regierung der Ukraine war und ist das nicht.
Wir fordern den Generalsekretär und seine Mitarbeiter nachdrücklich auf, sich strikt an die von der Generalversammlung einstimmig gebilligten Grundsätze zu halten", heißt es in der Erklärung.

snanews.de: **Ukraine beruft 36.000 Reservisten ein – im Alter von 18 bis 60**
Die Ukraine hat am Mittwoch mit der Einberufung von Reservisten begonnen. Dies geht aus einer Mitteilung des Pressedienstes des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte hervor. Betroffen sind demnach Reservisten im Alter von 18 bis 60 Jahren. Die Einberufung beziehe sich sowohl auf Offiziere als auch auf Unteroffiziere und Mannschaftsdienstgrade. Die maximale Dienstzeit soll zwölf Monate betragen.
Nach Informationen des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine sollen 36.000 Reservisten einberufen werden.
Nach Angaben des Generalstabs werden die Reservisten der ersten Etappe den Formationen zugewiesen, in denen sie ihren Wehrdienst geleistet und mit denen sie einen Vertrag über den Dienst in der operativen Reserve unterzeichnet haben. Die einberufenen Reservisten sollen in dem Tätigkeitsbereich eingesetzt werden, für den sie während des Wehrdienstes ausgebildet worden seien.
Zudem sollen die Reservisten ihren Arbeitsplatz und ihr durchschnittliches Monatsgehalt behalten.
Am Vortag hatte der ukrainische Präsident Wladimir Selenski eine Teilmobilmachung der Reservisten angekündigt. Die Entscheidung wurde vor dem Hintergrund der eskalierten Lage im Donbass getroffen, wo die ukrainische Armee in den letzten Tagen den Beschuss der Gebiete der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk (DVR und LVR) intensiviert hatte. …

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/02/17/5499452_0:156:3001:1844_1920x0_80_0_0_d4a5edf0a987edb63d55cc18a760fd86.jpg

snanews.de: **Puschilin: Grenzen von DVR und LVR könnten friedlich festgelegt werden**
Die Grenzen der Volksrepubliken Donezk (DVR) und Lugansk (LVR) könnten laut dem DVR-Chef Denis Puschilin ohne Einmischung und möglicherweise friedlich festgelegt werden.
„Die Frage der Festlegung der Grenzen der Volksrepubliken Donezk und Lugansk kann in dieser Zeit ganz von selbst geregelt werden, aber auf welche Weise? Wir möchten, dass es friedlich ist“, sagte Puschilin am Mittwoch auf einer Pressekonferenz.
Donezk nutzt ihm zufolge jede Chance für Frieden:
„Wir schätzen den Frieden wie kein anderer, weil wir wissen, was Krieg ist. Diese

Mobilmachungsmaßnahmen, die jetzt durchgeführt werden, sind im Namen des Friedens, damit der Gegner sieht, womit er es zu tun hat und nicht zu weit geht. Wir nutzen jede Chance für Frieden, die einzige Frage ist, ob es eine solche Chance gibt“.
Die Zahl der Angriffe der ukrainischen Sicherheitskräfte sei nach der Anerkennung der Volksrepublik Donezk durch Russland gestiegen, so Puschilin weiter.
„Wie haben die bewaffneten Formationen der Ukraine (auf die Anerkennung - Anm. d. Red.) reagiert? Nun, während der Sitzung des Sicherheitsrats, während eines Streifzugs des russischen Präsidenten in die Geschichte, hatte man den Eindruck, dass sie sehr genau zuschauten, und es gab keinen Beschuss. Und zwar in dieser Zeit. Danach nahm die Zahl der Angriffe und Provokationen zu“.
Dies hänge mit der Anerkennung der beiden Republiken zusammen, erklärte der Politiker.
Er merkte an, dass es jetzt keine russischen Truppen in der DVR gebe, aber sie könnten dort in der Zukunft stationiert werden. Allen internationalen Beobachter, einschließlich der OSZE, hätten zuvor nach russischen Truppen im Donbass gesucht, so Puschilin. Sie hätten sie nicht gefunden, weil es keine russischen Truppen dort gebe.
„Was die Zukunft angeht, und ob es möglich wäre, dass russische Truppen hier sind? Es ist möglich. Wann und unter welchen Umständen wird die Situation zeigen, wie sich die Situation seitens der Ukraine entwickeln wird“, betonte er.
Der Konflikt zwischen der ukrainischen Armee und den selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk war in den letzten Tagen eskaliert. Beobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa registrierten auf beiden Seiten Verstöße gegen die vereinbarte Waffenruhe.
Am Montag erkannte Russland die beiden seit 2014 von Kiew abtrünnigen Regionen als unabhängige Staaten an. Der russische Präsident, Wladimir Putin, begründete die Entscheidung unter anderem damit, dass die Ukraine die Minsker Abkommen über eine friedliche Beilegung des Konflikts jahrelang ignoriert habe.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/02/12/5418821_0:209:2896:1838_1920x0_80_0_0_c72cbd9771f95c4d0d8fa078a4258b59.jpg

de.rt.com: **DKP: Auf der Seite der Menschen im Donbass, gegen Sanktionen**
Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) hat in einer Pressemitteilung ihr Verständnis für die Menschen im Donbass geäußert und sich gegen Sanktionen wegen der Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk durch Russland ausgesprochen.
In einer Pressemitteilung hat sich der Vorsitzende der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), Patrik Köbele, am Mittwoch zum aktuellen Konflikt im und um den Donbass geäußert.
Die DKP hält sich darin mit einer Beurteilung des Vorgehens der Russischen Föderation zurück, erinnert aber daran, dass die Ursachen dafür sich mindestens über einen Zeitraum von

acht Jahren aufgestaut haben und in einer systematisch betriebenen antirussischen Strategie des Westens begründet sind:
"Unabhängig von der konkreten Beurteilung des jetzigen Vorgehens der Regierung der Russischen Föderation und der Regierungen der beiden Volksrepubliken darf nicht vergessen werden, dass die jetzige Situation vier wesentliche Ursachen hat.
Erstens den Versuch, im Rahmen der wortbrüchigen und aggressiven NATO-Osterweiterung, auch die Ukraine in die EU und die NATO zu integrieren.
Zweitens den Putsch unter Einbeziehung faschistischer Kräfte und mit Duldung der NATO, der EU und Deutschlands, als dieser Kurs zu scheitern drohte.
Drittens den (Bürger)-krieg, den die Regierung der Ukraine gegen die Menschen im Donbass seit acht Jahren führt, als diese sich von diesem Kurs lossagten.
Und viertens der Boykott der Minsker Vereinbarungen durch die Ukraine seit nunmehr sieben Jahren.
Diese Punkte sind auch Ursache dafür, dass der Konflikt die Gefahr in sich trägt, sich zu einem Flächenbrand auszuweiten."
Dabei, betont Köbele in seiner Pressemitteilung, steht diese strategische Ausrichtung gegen Russland in erster Linie im Interesse der USA und ist für Europa, Deutschland und Frankreich selbstschädigend:
"Dies gilt umso mehr, da die USA neben der gemeinsamen Stoßrichtung gegen Russland auch daran interessiert sind, Kräfte der EU, Deutschlands und Frankreichs in einem langfristigen Konflikt zu binden."
Die Deutsche Kommunistische Partei äußert Verständnis für die Unabhängigkeitsbestrebungen der Menschen im Donbass. Die Einwohner des Donbass verknüpften ihre Hoffnungen auf die Beendigung des mit Unterstützung der NATO und der EU durch die Ukraine geführten Krieges gegen sie mit der Parteinahme Russlands.
Die besondere Solidarität deutscher Kommunisten gelte den Kommunisten Russlands, der Ukraine und des Donbass. Dazu heißt es in der Pressemitteilung:
"An dieser Stelle erklärt die DKP auch ihre Solidarität mit den Kommunistischen Parteien in Russland, der Ukraine und dem Donbass, deren Kampf gegen die Aggression von NATO, EU und Ukraine vorbildlich ist. Ihr Kampf entlarvt auch die falschen Aussagen, die Präsident Putin im Hinblick auf die Geschichte der Sowjetunion getroffen hat."
Die deutsche Bundesregierung sieht Köbele in besonderer Verantwortung durch Einflussnahme auf die ukrainische Regierung sie zu Verhandlungen, die Kiew seit sieben Jahren verweigert, zu bewegen:
"Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, sich gegen eine Sanktionspolitik gegen die Russische Föderation und die Menschen im Donbass zu stellen und Druck auf die Ukraine zu machen, damit diese Verhandlungen mit den Volksrepubliken des Donbass auf Augenhöhe aufnimmt. Dies bedeutet auch: Keine politische, finanzielle und militärische Unterstützung des Kiewer Regimes!"
Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) wurde 1968 in der Bundesrepublik Deutschland gegründet, nachdem die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) verboten und aufgelöst wurde. Der 60jährige Patrik Köbele ist IT-Berater und seit 2013 Vorsitzender der DKP. Unter seiner Führung tritt die DKP in Programmen und in öffentlichen Verlautbarungen für Frieden mit Russland und China ein.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62164b42b480cc1bd82654e4.jpg

Mil-lnr.info: **Operative Informationen des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko am 23. Februar 2022**
Die Lage an der Kontaktlinie bleibt kritisch. Die **Zahl der Beschießungen von Seiten der Kiewer Aggressoren hat sich praktisch verdoppelt**, dabei werden aktiv von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen eingesetzt. Unsere Beobachter haben **114 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** festgestellt. Unter Beschuss des Gegner gerieten **29 Ortschaften** der Republik
Die starke Zunahme der Zahl und der Intensität der Beschießungen von Seiten der Kiewer Kämpfer hängt mit der **Konzentration von zusätzlichen Artillerieeinheiten an der Kontaktlinie** zusammen. Nach Angaben unserer Aufklärung wurden am 22. Februar im Gebiet von Olchowoje drei Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“ aus dem Bestand der 26. Artilleriebrigade gebracht. Im Zusammenhang damit erwarten wir Schläge des Gegners unter Einsatz von Raketenartillerie auf Ortschaften der Republik.
Außerdem wurden im Gebiet von Nowoswanowka Feuerstellungeneiner Mörserbatterie von 82mm-Mörsern aus dem Bestand der 24. Brigade entdeckt.
In Troizkoje wurden Feuerstellungen von vier 122mm-Haubitzen D-30 aus dem Bestand der 30. Brigade entdeckt.
Zum Zweck der Personalausstattung der 30. Brigade ist die **Ankunft von Personal aus den neu gebildeten Einheiten der Territorialverteidigung** festgestellt worden. Nach Informationen von Einwohnern des von Kiew besetzten Territoriums **siedelt die militärisch-zivile Verwaltung unter dem Vorwand einer planmäßigen Evakuierung örtliche Einwohner aus ihren Häusern in Solotoje und Popasnaja aus**. Es wurden etwa 60 Menschen weggebracht. In den freiwerdenden Häuser werden die Kämpfer der Territorialverteidigung einquartiert.
Das Kommando der Volksmiliz gratuliert allen Soldaten der Luganskеr Volksrepublik zum Tag des Verteidigers des Vaterlands!
Der 23. Februar ist der wichtigste Feiertag unserer Verteidiger, die ihren Weg auf den Wegen des Kriegs gegangen sind und die Grenzen der Republik verteidigen. Unter Bedingungen der sich verstärkenden Aggression Kiews schaut die Bevölkerung des Donbass auf Sie mit der Überzeugung, dass Sie die Kiewer Nationalisten ein angemessen abwehren und ihnen das Massengenozid des Jahres 2014 nicht erlauben.
Im Namen des Kommandos und in meinem eigenen wünsche ich allen Soldaten starke Gesundheit und Geistesstärke! Dass Frieden und Gutes in Ihren Familien herrschen!
Diese Feiertag wurde vor genau 100 Jahren schon in der UdSSR eingerichtet und ist dann als Verkörperung des Patriotismus, des Mutes, des Edelmuts und der Kühnheit in unser Leben

gekommen.
Wir wissen, dass in den Reihen der ukrainischen Armee trotz aller Bemühungen der Kiewer Regierung viele Menschen gibt, die nicht von Lügenpropaganda vernebelt sind, die diesen Feiertag weiter ehren. Es ist ein Tag echter Männer und nicht von Bandera-Anhängern, die die ukrainischen Soldaten zwingen, ihre Berufsfeiertag am Tag der Verräter aus der UPA zu begehen.
Wir gratulieren auch den ukrainischen Soldaten, die die Treue zu ihrem Volk erhalten haben, gelobt haben, es zu schützen und sich der Ausführung der verbrecherischen Befehl des nationalistischen Regimes entziehen.

snanews.de: **Baerbock über Ukraine-Krise: Putin hat gelogen – Minsker Abkommen „einseitig zertrümmert“**
Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hat dem russischen Präsidenten Wladimir Putin wegen der Eskalation in der Ukraine-Krise vorgeworfen, zu lügen. Das Minsker Abkommen ist ihr zufolge seinetwegen „nichts mehr wert“. Zugleich bekräftigte Baerbock die Bereitschaft zu weiteren Verhandlungen über eine Deeskalation mit Moskau.
In Bezug auf die Frage, ob Putin noch ein vertrauenswürdiger Verhandlungspartner sei, sagte die Grünen-Politikerin am Mittwoch, nach einem Treffen mit ihrem französischen Amtskollegen Jean-Yves Le Drian in Berlin:
„Wenn man vor einer Woche A gesagt hat und jetzt das Gegenteil tut, dann hat man nicht die Wahrheit gesagt. Oder auf Deutsch: Dann hat man gelogen“.
Das Minsker Abkommen, um das es im Normandie-Format gegangen sei, „wurde einseitig vom russischen Präsidenten zertrümmert“, so Baerbock. Putin habe das Minsker Abkommen unterschrieben, „jetzt ist das Papier nichts mehr wert“.
Zugleich betonte sie, man müsse „auch in der härtesten Krise“ das Fenster für Gespräche immer offenhalten. „Wir wollen Krieg verhindern“, so Baerbock. Es sei nun an Russland, seine Eskalationsschritte zurückzunehmen. Putin habe sich entschieden, „vollkommen gegen das Völkerrecht zu agieren und es zu missachten“, sagte die deutsche Politikerin. Die internationale Gemeinschaft wird ihr zufolge „diesen Völkerrechtsbruch“ nicht akzeptieren.
Le Drian sagte über Putin: „Wir kennen ihn ja.“ Er wisse nicht, ob irgendjemand die Frage beantworten könne, ob man Putins Wort glauben könne. Dennoch müsse man „den Druck, die Geschlossenheit, Härte, Solidarität und auch den Dialog“ aufrechterhalten, damit es keine kriegerische Auseinandersetzung gebe.
Baerbock und Le Drian für „schmerzhafte Sanktionen“ gegen Russland
Baerbock erwiderte, es sei wichtig gewesen, dass die Europäische Union (EU) mit dem Sanktionspaket schnell, geschlossen und koordiniert gehandelt und Putin deutlich gemacht habe: „Wir akzeptieren das in keiner Minute.“ Darauf aufbauend könnten weitere Maßnahmen ermöglicht werden. Man werde „alle harten Maßnahmen“ ergreifen, wenn das nötig sei.
Le Drian sprach von „sehr ernsten, schmerzhaften Sanktionen“ gegen Russland. Er betonte aber auch, man gebe das Normandie-Format von Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine unter Vermittlung von Frankreich und Deutschland nicht auf. Dieser Raum für Diskussionen müsse „weiterhin offenbleiben“, damit an der friedlichen Lösung der Ukraine-Krise weitergearbeitet werden könne.
Das Sanktionspaket der EU umfasst nach Angaben aus Brüssel unter anderem ein Handelsverbot für russische Staatsanleihen, um eine Refinanzierung des russischen Staates zu erschweren. Zudem sollen mehrere Hundert Personen und Unternehmen auf die Sanktionsliste kommen. …

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/07/0a/2788754_0:96:3072:1824_1920x0_80_0_0_c23c9ef8bb453b327f92cc689bf48fb3.jpg

snanews.de: **Klimastiftung MV will Nord Stream 2 künftig nicht mehr helfen**
Die von der Nord Stream 2 AG mitfinanzierte Stiftung Klima- und Umweltschutz MV will laut dem Vorstandsvorsitzenden und Ex-Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern Erwin Sellering die Ostsee-Gaspipeline nicht länger unterstützen.
Wie der SPD-Politiker am Mittwoch gegenüber der Deutschen Presse-Agentur mitteilte, hat der Vorstand nach dem Stopp der Zertifizierung der Pipeline durch die Bundesregierung beschlossen, dass keine weiteren Anstrengungen durch die Stiftung unternommen würden. Der Vorstand sei sich einig, „dass wir dieser Entwicklung nun Rechnung tragen müssen und dass wir als Stiftung nun nicht mehr gebunden sind an den Auftrag, den uns der Landtag damals erteilt hat und ausdrücklich in der Satzung festgeschrieben hat, dass wir trotz der Sanktionen der USA zur Fertigstellung der Pipeline beitragen wollen“, äußerte Sellering.
Die Nord Stream 2 AG habe der Klimastiftung insgesamt 20 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, über deren Verwendung allein der Vorstand entscheide. Die Stiftung werde ihre Kernaufgabe – den Klimaschutz als existenziell wichtiges Thema in der Gesellschaft zu verankern – weiter wahrnehmen.
Die Stiftung war nach einem Landtagsbeschluss vom Januar 2021 gegründet worden. Das Land Mecklenburg-Vorpommern gab lediglich 200.000 Euro Stiftungskapital, Nord Stream hingegen 20 Millionen Euro. Ein Hauptziel der Stiftung war, den Fertigbau der Leitung Nord Stream 2 durch die Ostsee unter den Sanktionsdrohungen der USA gegen beteiligte Unternehmen zu unterstützen. Daneben unterstützt die Klimastiftung auch Umweltprojekte in Mecklenburg-Vorpommern.
Das Projekt Nord Stream 2 umfasst den Bau von zwei Strängen der Pipeline mit einer Gesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmetern Gas pro Jahr. Die Ostseepipeline ist zwar einsatzbereit, die für ihre Inbetriebnahme erforderliche Genehmigung der Bundesnetzagentur steht weiterhin aus. Die Bundesregierung hat die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 nun auf Eis gelegt. Bundeskanzler Olaf Scholz begründete den vorläufigen Stopp für die russisch-deutsche Gaspipeline Nord Stream 2 mit den jüngsten Entscheidungen von Russlands Präsident Wladimir Putin in der Krise um die Ukraine.
Nach einem Treffen mit Irlands Ministerpräsidenten Micheál Martin am Dienstag teilte Scholz mit, er habe das Wirtschaftsministerium gebeten, den bestehenden Bericht zur Analyse der Versorgungssicherheit bei der Bundesnetzagentur zurückzuziehen, sagte Scholz. „Das klingt zwar technisch, ist aber der nötige verwaltungsrechtliche Schritt, damit jetzt keine Zertifizierung der Pipeline erfolgen kann.“ Ohne diese Zertifizierung könne Nord Stream 2 nicht in Betrieb gehen, betonte der deutsche Bundeskanzler.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/02/17/5500725_0:0:3295:1853_1920x0_80_0_0_9f7a9ab228a468a44ec1399a7dd6942e.jpg

abends:

de.rt.com: **EU beschließt Sanktionen gegen Russland**
Die EU hat ihre neuen Sanktionen gegen Russland formell beschlossen. Die Strafmaßnahmen treffen 351 Abgeordnete des russischen Parlaments sowie Regierungsmitglieder, Geschäftsleute und hochrangige Militärs. Zudem wird Russlands Zugang zu den EU-Finanzmärkten beschnitten.
Die neuen EU-Sanktionen gegen Russland sind nun auch formell von den 27 Mitgliedstaaten beschlossen worden. Das teilte der Rat der EU-Staaten am Mittwochnachmittag mit. Für die folgenden Stunden war die Veröffentlichung im EU-Amtsblatt geplant. Damit wären die Strafmaßmaßnahmen dann in Kraft.
Die Sanktionen sehen vor, diejenigen 351 Abgeordneten des russischen Parlaments auf die EU-Sanktionsliste zu setzen, welche die Anerkennung der Volksrepubliken Lugansk und Donezk auf den Weg gebracht hatten. Hinzu kommen 27 Personen und Organisationen, die angeblich dazu beitragen, die territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine zu untergraben. Darunter sind Entscheidungsträger wie Regierungsmitglieder, Geschäftsleute, Oligarchen und hochrangige Militäroffiziere. Nach Angaben aus Diplomatenkreisen gehört der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu zu den Sanktionierten. Außerdem wurde beschlossen, den Zugang des russischen Staates zu den EU-Finanzmärkten zu beschneiden und den Handel der Europäischen Union mit den Volksrepubliken einzuschränken.
Von Personen und Organisationen, die auf der EU-Sanktionsliste stehen, werden sämtliche in der Europäischen Union vorhandenen Vermögenswerte eingefroren. Zudem ist es den gelisteten Personen nicht mehr erlaubt, in die EU einzureisen, und mit den Betroffenen dürfen auch keine Geschäfte mehr gemacht werden.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/621661cdb480cc1bd8265526.jpg

snanews.de: **Moskau verspricht starke Antwort auf US-Sanktionen**
Moskau wird laut dem russischen Außenministerium eine starke Antwort auf US-Sanktionen geben.
„Es sollte keinen Zweifel geben – wir werden eine starke Antwort geben, nicht unbedingt eine symmetrische, aber angemessene und für die amerikanische Seite empfindliche“, heißt es in dem offiziellen Dokument, das am Mittwoch veröffentlicht wurde.
Das von der US-Regierung angekündigte Sanktionspaket (bereits das 101. in Folge) – das den Finanzsektor betreffe und eine erweiterte Liste der Personen enthalte, gegen die persönliche Beschränkungen eingeführt würden – entspreche den laufenden Versuchen Washingtons, Russlands politische Richtung zu ändern.
„Trotz der offensichtlichen Vergeblichkeit der Bemühungen, die im Laufe der Jahre unternommen wurden, um die Entwicklung unserer Wirtschaft zu behindern, greifen die Vereinigten Staaten erneut reflexartig zu restriktiven Instrumenten, die aus Sicht der amerikanischen Interessen unwirksam und kontraproduktiv sind“, betonte das Ministerium.
Russland habe bewiesen, dass es bei allen Kosten der Sanktionen in der Lage sei, den Schaden zu minimieren. „Der Sanktionsdruck kann unsere Entschlossenheit, unsere Interessen nachdrücklich zu verteidigen, nicht beeinträchtigen“, fügte das russische Außenministerium hinzu.
Im Arsenal der amerikanischen Außenpolitik, „die von den Stereotypen einer unipolaren Welt gefangen ist, mit der falschen Überzeugung, dass die Vereinigten Staaten immer noch das Recht haben und jedem ihre eigenen Regeln der Weltordnung aufzwingen können“, bleibe kein anderes Mittel übrig als Erpressung, Einschüchterung und Bedrohung. „Das funktioniert nicht gegenüber Weltmächten, vor allem gegenüber Russland und anderen wichtigen internationalen Akteuren“, so das russische Außenamt weiter.
Gleichzeitig sei Russland offen „für eine Diplomatie, die auf den Prinzipien des gegenseitigen Respekts, der Gleichheit und der Berücksichtigung der Interessen des anderen beruht“.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e4/0c/01/46335_0:167:3047:1881_1920x0_80_0_0_eb9666344090a59dc628a1849a456123.jpg

de.rt.com: **Ukraine-Krise: Russischer Botschafter ins Auswärtige Amt einbestellt**
Die Bundesregierung hat den russischen Botschafter in Deutschland, Sergej Netschajew, wegen der Eskalation in der Ukraine-Krise ins Außenministerium einbestellt.
Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur in Berlin aus Regierungskreisen fand das Gespräch am Mittwoch mit der Politischen Direktorin des Auswärtigen Amts, Tjorven Bellmann, statt. Über Inhalte der Unterredung wurde zunächst nichts bekannt.
Nach der Anerkennung der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk in der Ostukraine durch Russland hatte Außenministerin Annalena Baerbock den russischen Präsidenten Wladimir Putin scharf kritisiert und ihm wegen seines Vorgehens Lügen vorgeworfen. Nach einem Treffen mit ihrem französischen Amtskollegen Jean-Yves Le Drian in Berlin signalisierte sie aber zugleich Bereitschaft zu weiteren Verhandlungen über eine Deeskalation der Lage. …

https://cdnn1.snanews.de/img/07e4/0c/14/232126_0:218:2761:1771_1920x0_80_0_0_35f8a6fa177223cc5584f1061b89af1b.jpg